

Ergebnisse und Materialien

Ausgabe Nr. 14, Konferenzunterlagen für die Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation. am 26./27. Juni 2021 in Mannheim. Christoph Cornides, c/o Verein für Politische Bildung linke Kritik und Kommunikation, Marienstr. 32, 50825 Köln (E.i.S.). Eva Detscher (V.i.S.d.P)

| | |
|--|----|
| Inhalt | |
| THEMA: Corona-Pandemie: | |
| Test für Raum von Gespräch und Begegnung und staatliche Versorgungseinrichtungen, MARTIN FOCHLER | 2 |
| Kampf um solidarische Verteilung: Kölner Ratsfraktion der Linken kann aufsuchende Impfstrategie erwirken. JÖRG DETJEN | 3 |
| In der Krise bewährt sich die Verfassung. Die Verfassungswissenschaft auch? JOHANNES KAKOURES | 6 |
| Medikament gegen Covid-19: Entwicklung nicht einfach, Lobbyismus und Nationalismus machen es nicht leichter, ALFRED KÜSTLER | 6 |
| GRIPPE – PEST – und CHOLERA. Aus der Geschichte der Seuchen. EDDA LECHNER | 7 |
| STICHWORT PANDEMIE. Liste der Beiträge in den Politischen Berichte von Nr. 2/2020 bis Nr. 2/2021 | 13 |
| Vereinsangelegenheiten – Berichte | |
| • Implementierung von bisher an den GNN-Verlag ausgelagerten Aufgaben in den Verein – Auflösung des GNN-Verlags und zur Fortführung der Politischen Berichte | 16 |
| • Fortgang Schließung GNN-Verlag; Übernahme des Verlags der „Politischen Berichte“ durch den Verein, Wechsel der Verantwortlichkeit für die Vereinsfinanzen | 16 |
| • Bericht zur Implementierung von bisher an den GNN-Verlag, Liste der Leistungen | 16 |
| • Haushaltsbericht für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2020 und Haushaltsplan für 2021 | 17 |
| • Bericht über die Kassenprüfung für das Jahr 2020 | 17 |
| Projektberichte | |
| Sachstandsbericht: Projekt „Duales System der beruflichen Bildung“ – Rechercheprojekt {Berufliche Bildung} JOHANN WITTE | 18 |
| Einige Gesichtspunkte zur Entwicklung der politischen Positionen in den „Politischen Berichten“ 1980–1989 anhand des „Rechercheprojekts {Mittlerer Osten}“ ULLI JÄCKEL (Auf ArGe-RS Nr. 25 wird verwiesen) | 18 |
| Projekt Religionsfreiheit und linke Politik, EDDA LECHNER, HELMUT LECHNER | 18 |
| Projektbericht: Wegemarken der Emanzipation, EVA DETSCHER, ROLF GEHRING | 19 |

Die Jahrestagung des Vereins für „Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ am 26./27. Juni 2021 soll zugleich in Präsenz in Mannheim und online stattfinden („hybrid“).

Aller Erfahrung nach funktionieren Online- oder auch Hybrid-Tagungen (bei denen ein Teil der Teilnehmenden am Tagungsort anwesend ist und andere Teilnehmende online zugeschaltet sind) am besten, wenn rechtzeitig vorher ausgearbeitete Tagungsunterlagen vorliegen.

Diesem Ziel versuchen wir mit dem vorliegenden Materialheft (zu den Themen vom Samstag, 26.6.2021) als Beilage zu den Politischen Berichten zu entsprechen.

Die Versendung des Links zur Online-Einwahl wird rechtzeitig vor Tagungsbeginn erfolgen. Informationen über Tagungs-

ort in Mannheim, über Bedingungen der Präsenzteilhahme sowie zu Übernachtungsmöglichkeiten hängen von der Entwicklung der Corona-Situation ab und werden rechtzeitig bereitgestellt.

Der Vorstand bittet darum, sich unabhängig von der Form der Teilnahme – online oder in Präsenz – anzumelden und zwar per Mail an info@linkekritik.de.

Interesse an der Online-Teilnahme: Anmeldung per Mail an info@linkekritik.de – Stichwort „Anmeldung Onlineteilnahme“

Zusätzlich: Interesse an Präsenzteilhahme in Mannheim, falls die Corona-Bedingungen das zulassen: Anfrage per Mail an info@linkekritik.de – Stichwort „Interesse Präsenzteilhahme“

Tagesordnungsvorschlag für die Jahrestagung / Mitgliederversammlung des Vereins am 26./27.6.2021 in Mannheim

SAMSTAG, 26.6.2021 – EINWAHL UND REGISTRIERUNG AB 12.30 UHR, BEGINN 13 UHR

1. Tagungsthema: (13 Uhr bis 15 Uhr, 14 Uhr kurze Pause)
„Die Pandemie als Test für internationale Einrichtungen, EU und staatliche Versorgungseinrichtungen“

Die Politischen Berichte haben das Thema erstmals im Heft Nr. 2/2020 aufgegriffen und kontinuierlich begleitet. Über 50 Beiträge und Nachrichtentexte sind dazu entstanden. Siehe dazu auch Themenliste auf den Seiten 13–15. Die Materialfülle wollen wir zusammen mit den hier versammelten Beiträgen sichten mit dem Ziel, Hinweise für Aufgaben und Ansatzpunkte linker Politik zu gewinnen und festzuhalten.

2. **Vereinsangelegenheiten** (15.30 Uhr bis 18 Uhr)

2.1. Bericht des Vorstands, Kassenbericht

2.2. Politische Berichte, Format, Übernahme Verlagsaufgaben durch den Verein

2.3. Beauftragungen Herausgeberschaft und Redaktion

2.4. Arbeitskreis Archiv linkekritik.de – Aufgaben und Verantwortlichkeiten

2.5. Projektpräsentationen und -berichte (siehe Seite 18 bis 20)

2.6. Wahlen (Präsidium, Vorstand, Finanzprüfung)

SONNTAG, 27.6.2021 – EINWAHL AB 8.45 UHR
BEGINN 9 UHR

3. In Kooperation mit der ArGe „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung“

3.1. Rechercheprojekt Mittlerer Osten & ArGe-Projekt „Sichtung linker Theorien internationaler Beziehungen“ – ein Zwischenbericht.

3.2 ArGe Vorhaben Linke Schule

4. Verschiedenes

Ende 12 Uhr

Brigitte Wolf, Christoph Cornides

TEIL 1: UNTERLAGEN ZUM TAGUNGSTHEMA: DIE PANDEMIE ALS TEST FÜR INTERNATIONALE EINRICHTUNGEN, EU UND STAATLICHE VERSORGUNGSEINRICHTUNGEN – S. 2 Coronapandemie: Test für Raum von Gespräch und Begegnung und staatliche Versorgungseinrichtungen – S. 3 Kampf um solidarische Verteilung: Kölner Ratsfraktion der Linken kann aufsuchende Impfstrategie erwirken – S. 6 In der Krise bewährt sich die Verfassung. Die Verfassungswissenschaft auch? – S. 6 Medikament gegen Covid-19: Entwicklung nicht einfach, Lobbyismus und Nationalismus machen es nicht leichter – S. 7 Grippe – Pest – und Cholera. Aus der Geschichte der Seuchen – S. 13. Verzeichnis der Beiträge in Sachen Pandemie in den Politischen Berichte von Nr. 2/2020 bis Nr. 2/2021

Coronapandemie: Test für Raum von Gespräch und Begegnung und staatliche Versorgungseinrichtungen

Martin Fochler, München

Anfang 2020 zeigten die im internationalen Verbund zugänglichen Daten die hohe Ausbreitungsgeschwindigkeit der Infektion, klinische Erfahrung den in vielen Fällen schweren Verlauf. Die Einschränkung sozialer Interaktion durch staatliche Zwangsgewalt trifft stark arbeitsteilig organisierte und international vernetzte Gesellschaften am Nerv der Produktivität des Wirtschaftens und der Freiheiten zur Lebensgestaltung. Offen war, ob und in welcher Zeit medizinisch-technische Hilfsmittel entwickelt, bereitgestellt und verbreitet eingesetzt werden können. Wissenschaft und Forschung haben – angeregt durch politische Fördermaßnahmen – ihren Teil in beeindruckendem Tempo erledigt, der dann unerwartet langwierige Aufbau von Produktionskapazitäten

Zeit und Nerven müssen aber auch für die Diskussion mittelfristiger Folgen erübrigt werden, die diese einschneidende soziale und kulturelle Erfahrung nach sich ziehen dürfte

Sicher ist schon, dass die Daseinsvorsorge – eigentlich Kernbereich der individuellen Lebensgestaltung und -planung – sich weiter in Richtung Staat verlagert hat: tatsächlich, wie die Eingriffstiefe der Staatsmacht belegt, aber auch in der öffentlichen Meinung, die Regierungen an der Bewältigung dieser Aufgaben misst. Der Kampf um Menschen- und Bürgerrechte, Kernaufgabe linker Politik, wurde in einen neuen Rahmen gestellt. Wie sollen bzw. können die Vollmachten, die dem Staat zugewachsen sind, kontrolliert werden? Ein Stichwort ist Datenschutz und Pandemiebekämpfung. Das Problem stellt sich nicht nur im Verhältnis zur politischen Gewalt. Es besteht überall, wo sich Menschen in kontrollierten Kooperationsbeziehungen aufhalten, im Arbeitsleben, im Kundenverkehr der Wirtschaft, in den Einrichtungen des Bildungswesens. Es heißt was, wenn Einzelhandelsunternehmen ein Schild aufstellen „Wir freuen uns, dass sie rücksichtsvoll Maske tragen und wir sie nicht darauf hinweisen müssen“ und in naher Zukunft der Mensch in allen möglichen Zusammenhängen die Geimpft-Getestet-Genesen-Frage beantworten muss.

Daneben könnte es sich aber auch lohnen, auf die schwer fassbaren Verluste zu schauen, die sich aus millionen- und milliardenfacher Einübung des Urteilsschemas Kontakt=Risiko ergeben können. Es hat sich nämlich im Alltag parallel zum Wunsch nach Nähe und Begegnung ein Bedarf nach Abstand aufgetan. Vernünftig, weil die Coronapandemie eine hygienische Sicherheitslücke gezeigt hat, die von vielerlei, vorab völlig unbekannten Krankheitserregern genutzt werden könnte. Selbst wenn die Corona-Infektion durch Impfen völlig aus der Welt geschafft werden könnte (angesichts der enormen Verbreitung und Mutationsfreudigkeit des Virus geht davon z.Zt. niemand aus), die Lücke bleibt, und die Gesellschaft weiß es.

Eine Lücke im hygienischen Panzer der Moderne – Versuch einer Beschreibung

Dass die weltweite Vernetzung aller Lebensbereiche – von der Produktion über Handel, Wissenschaft, Kultur bis hin zum Familienleben – die Gefahr einer großen Pandemie mit explosionsartiger Verbreitung birgt, ist seit Jahrzehnten Stand der Wissenschaft. Befall der Atemwege und Verbreitung über die Atemluft

durch die Wirtschaft hat die Geduld der Öffentlichkeit strapaziert und schließlich taten sich bei der Verteilung knapper Mittel soziale Abgründe innerhalb der Länder und vielmehr noch zwischen den Staaten auf. Trotzdem gehen die meisten davon aus, dass eine Belastung der Gesellschaft lange oder sogar dauerhaft bleiben wird, die Gefahr eines tiefen zivilisatorischen Einbruchs jedoch abgewendet werden kann. Wo linke Politik mit den Mitteln der parlamentarischen Opposition und der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung wirkt, ist die solidarische Finanzierung und Verteilung lebensnotwendiger, aber knapper Güter das Thema, gefolgt von der Frage, wer die Kosten der Kontaktunterbrechungen zu tragen hat und durch welche Maßnahmen der öffentlichen Hand die unterbrochenen Beziehungen in Wirtschaft, Bildungsprozessen und dem Kulturleben neu belebt werden können.

lag angesichts der Erfahrungen, die insbesondere in Südostasien mit der Sars-Infektion gemacht worden waren, nahe. Es ist schon kritisch anzumerken, dass Verfahren, die in jenen Ländern zur Eindämmung solcher Erkrankungen führten, weder von der Öffentlichkeit noch von der Politik etwa der BRD vorsorglich diskutiert wurden. Im öffentlichen Diskurs der westlichen Welt werden „Seuche“ und „Rückständigkeit“ im Gefühl turmhoher Überlegenheit verknüpft. Das verstellt den Blick auf nützliche hygienische Praktiken, wie zum Beginn der Pandemie der dumme Streit über das Tragen der – zugegeben lästigen – Maske belegt und erschwert das Verständnis, dass es Praktiken der Moderne sind, die einen spezifischen Verbreitungsweg für Viruserkrankungen schaffen.

Problem Nummer 1: Weltweite Vernetzung und symptomlose Übertragung. Weltweite Zusammenhänge der Lebensgestaltung – von der Arbeit bis zum lockeren Vergnügen – schaffen Verbindungswege, auf denen Mensch-zu-Mensch-Kontakte, die in Stunden- und Tagesfristen Menschen zu Konferenzen, wissenschaftlichen Tagungen, kulturellen Ereignissen, zu Vergnügungen wie zur Pflege von Freundschafts- und Familienbeziehungen über weltumspannende Distanzen zusammenführen. Eine Viruserkrankung, die Übertragung vor dem Auftreten von Symptomen „kann“, überwindet auf diesen Wegen in kürzesten Fristen weltweite Distanzen.

Problem 2: Die Übertragung per Aerosole, von einer Person auf viele usw. Inzwischen ist wohl unbestritten, dass für die Verbreitung von Corona das direkte Anhusten oder Niesen zwar der nächste, aber nicht der einzige Weg ist. Es genügen die kleinsten, mit dem bloßen Auge nicht sichtbaren Teilchen, flüchtig oder fest, in der Luft, die in geschlossenen Räumen schon dann entstehen, wenn man nur atmet oder zueinander spricht, die Aerosole. Die in solchen Räumen einzuhaltenen Hygieneregeln sind traditionell Bestandteil der Sozialisation. Sie sind streng, beziehen sich traditionell auf Marker, die man hört, sieht, riecht oder (Anfassen oder Nicht-Berühren) fühlt. Die eigenen Sinne liefern der einzelnen Person wie der Gesamtheit der Versammelten Informationen, die veranlassen, Abstand einzuhalten oder auch einzufordern. Das Phänomen der Aerosole entzieht sich jedoch der unmittelbar sinnlichen Wahrnehmung.

Kampf um solidarische Verteilung: Kölner Ratsfraktion der Linken kann aufsuchende Impfstrategie erwirken

Jörg Detjen, Köln

Auf Initiative der Ratsfraktion Die Linke hat der Kölner Stadtrat am 6. Mai mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen und Gruppen die Unterstützung von benachteiligten Stadtteilen in der Coronapandemie beschlossen. Bereits drei Wochen vorher, am 22. April, hatte die Ratsfraktion ihren ersten Antrag auf einer Pressekonferenz vorgestellt und eine aufsuchende Impfstrategie in den benachteiligten Stadtteilen mit einem Elf-Punkte-Programm gefordert. Die Kölner Tageszeitungen und die Lokalzeit des WDR berichteten. Auf einmal war das auch bundesweit ein Thema, dass die Pandemie Menschen mit geringen Einkommen, schwerer und prekärer Arbeit, in kleinen Wohnungen härter trifft. Ein interessanter Vorgang.

Am 30. April forderte die Bezirksvertretung Chorweiler ein zusätzliches Impfzentrum im Stadtbezirk.

Am 3. Mai begann das Gesundheitsamt mit Unterstützung der Feuerwehr mit ersten dezentralen Impfkampagnen in Chorweiler, der Kölnberg folgte.

In den benachteiligten Stadtteilen herrscht Armut, leben Familien in kleinen Wohnungen und die Menschen gehen meistens schwerer und schlecht bezahlter Arbeit nach. Die Arztdichte ist unzureichend: In Lindenthal kommen 1670 Einwohnerinnen auf einen Arzt, in Chorweiler 4368. Die Pandemie verschärft die Ungleichheit!

Neben Armut und Ungleichheit gibt es aber noch ein anderes Problem: Die Teilhabe. Wer nicht wählen geht, fühlt sich nicht in der Gesellschaft angekommen. Zur Teilhabe gehört sich am gesellschaftlichen Leben, auch unter Corona, aktiv zu beteiligen. Dazu gehört nicht zu resignieren, sondern zu handeln, um sich und andere zu schützen. Teilhabe muss man allerdings lernen, in der Schule, im Betrieb, im Leben überhaupt. Schaffen wir unter diesen Voraussetzungen flächendeckend eine Impfquote von über 70 %?

Wir müssen überlegen, wie wir diese komplexe Lage aufbre-

chen können und die Teilhabe verbessern können. Unser Kölner Modellprojekt steht am Anfang. Wenn das mobile Impfteam in einen anderen Stadtteil abzieht, muss in Chorweiler weiter für das Impfen geworben werden. Da müssen viele mitmachen.

Wir haben mit unserem Antrag einen Aufschlag gemacht. Wir haben Differenzen, z. B. über die Ausgangssperre, zurückgestellt, um mit allen demokratischen Parteien diesen Änderungsantrag zu beschließen. Dieser Ratsbeschluss ist für uns Linke ein Anfang. Es gibt allerdings noch viel zu tun.

Gerade Menschen, die in kleinen Wohnungen mit mehreren Personen zusammenleben, sind in Quarantäne besonders gefährdet. Es gibt keine ausreichenden Rückzugsmöglichkeiten für den Erkrankten. Partner und Kinder können sich leicht anstecken. Für diese Menschen sollte es im Fall einer Quarantäne die Möglichkeit einer kostenlosen Unterbringung im Hotel geben.

Für Ärzte in den Sozialraumgebieten sollte mehr Impfstoff bereitgestellt werden. Weil es dort viel wenige Ärzte gibt, können diese auch weniger Menschen impfen als in wohlhabenden Vierteln mit einer großen Dichte von Arztpraxen.

In der Ratssitzung forderte Die Linke, die SPD, aber auch die Grünen, dass die Landesregierung jetzt auch zusätzliches Impfmateriale an Köln liefern muss. Da hakt es nämlich. In der zweiten Maiwoche konnte die Impfung in den benachteiligten Stadtteilen nicht fortgesetzt werden, weil der Kanzlerkandidat der CDU keinen Impfstoff nach Köln lieferte. War das sein erstes Armutszeugnis als Kanzlerkandidat?

Die dezentrale Impfung vor Ort erreicht alle Menschen, auch ohne deutschen Pass und ohne Krankenversicherung. Man muss sich nicht anmelden, nur mit einem Dokument ausweisen und einen Impfpass mitbringen. Die Stadtverwaltung hat eine Fürsorgepflicht für alle Kölnerinnen und Kölner. Die aufsuchende Impfstrategie kann ein wichtiger Mosaikstein für eine gute Impfquote werden.

Corona-Viren können in Aerosolpartikeln überdauern, nicht für wer weiß wie lange, aber doch für einige Stunden. Die virenbeladene Aerosolausscheidung einer einzigen Person wird von vielen aufgenommen.

Kontakte, bei denen Körperflüssigkeiten oder -ausscheidungen ausgetauscht werden, ereignen sich gewöhnlich nicht in Personengruppen. Wenngleich körperliche Anstrengung, Gesang, physische Nähe solche Austauschprozesse beschleunigen, es reicht der bloße äußerst distinktiert gestaltete Aufenthalt im Kirchen-, Konferenz- oder Wohnraum.

Das Phänomen Infektion durch Aerosole stellt klar, dass eine Begegnung im Raum des Gesprächs physische Intimität bedeutet.

Problem 3: Die Einrichtungen der Daseinsvorsorge als Pfade der exponentiellen Ausbreitung. Hat die Infektion Distanzen zwischen Erdteilen und Ländern übersprungen, stellt sich die Frage nach der Ausbreitung im Alltag der Siedlungen. Die alltägliche Lebensorganisation einer Arbeitnehmerfamilie in einer Metropole bringt eine Unzahl von Leuten in Kontakt: Weg zur Arbeit (U-Bahn). Aufenthalt im Arbeitsraum. Rückweg nach Hause. Kleines Kind zur Kita bringen. Aufenthalt des Kindes in der Kita. Abholen und nach Hause bringen. Größeres Kind auf dem Schulweg. In der Schulklasse. Auf dem Pausenhof. Beim Abhängen. Auf dem Heimweg. Wenn sich diese vier beim Abendessen zusammensetzen, mit wieviel Leuten haben sie im Lauf des Tages Atemluft geteilt? Und wenn sie dieselben Menschen tags darauf treffen, mit wie vielen anderen geraten sie

dann – sozusagen per zweiten Handschlag – in Kontakt?

Problem 4: Durchsetzung von vereinbarten Hygieneregeln.

4.1. Der lehrreiche Fall der Nicht-Rauchen-Gesetzgebung. Es hat seine Zeit (Jahrzehnte!) gebraucht, aber dann war klar, dass Rauchen in geschlossenen Räumen nicht nur die Person gefährdet, die sich entschieden hat zu rauchen, sondern auch andere, die „mitrauchen“. Sobald die wissenschaftlich belegte Gefährdung durchs „Mitrauchen“ aber zu allgemein akzeptierten gesetzlichen Rauchverboten geführt hatte, gelingt die Durchsetzung der Regel weitgehend zwanglos. Auge und Nase signalisieren die Verletzung der akzeptierten Regel durch nur eine einzige Person allen anderen im geteilten Raum in Echtzeit. Sie können die Einhaltung der Regel einfordern (und tun es lebhaft). Die Entlastung der Raumlufte von schädlichem Rauch ist inzwischen Standard.

4.2. Die Virusbelastung der Raumlufte kann man auf diese Weise nicht bekommen. Erforderlich werden amtlich beglaubigte Zeugnisse der Unbedenklichkeit, die durch jemanden zu prüfen wären, der im Raum eine Aufsichtsfunktion wahrnimmt. Unvermeidlich gibt es nervtötende Debatte über die Durchsetzung, die Gefahr von Fälschungen usw., die Sicherheit von Schnelltests usw.

Fazit: Kontakt=Risiko

Selbst, wenn es gelänge, die Coronapandemie zum Erlöschen zu bringen, diese Probleme werden sich in die gesellschaftliche Erinnerung eingraben. Der Raum der Begegnung, des Gesprächs,

des Verstehens wird ein bedrohlicher Ort, der mit Mitteln der Selbstorganisation nicht gesichert werden kann, sondern beaufsichtigt werden müsste. Ausweichbewegungen werden Platz greifen, teils unauffälliger Rückzug in isolierte Lebensgestaltung, teils in Ist-mir-doch-egal-Ausbrüche, teils in Formen medial vermittelter Online-Kontaktpflege.

Raum der Verständigung: online und in Präsenz

Online, deutsch „auf Leitung sein“. Schnelle Datenübertragung ermöglicht Ton-Bild-Kommunikation zwischen vielen Beteiligten in Echtzeit. Noch ruckelt es häufig, aber die Technik wird immer besser. Arbeit am definierten Projekt, Einholung von Expertenmeinungen, Fehlersuche und Korrektur, das alles und noch mehr gelingt ohne Reiseaufwand.

Aber: Die anfänglich weitverbreitete Begeisterung ist inzwischen abgeebbt. Insbesondere in den Einrichtungen der Kindererziehung, der Schule und des Studiums ist „Präsenz“ unumstrittene Notwendigkeit. Warum?

Präsenz, deutsch „Anwesenheit“, meint eine Art Sozialraum, der vielseitige Interaktionen der Anwesenden möglich macht. Eine Person kann so sprechen, dass es alle anderen hören können. Der Blick kann in die Runde schweifen, aber auch ein Gegenüber ins Auge fassen. Die Reichweite der menschlichen Stimme und die Güte des Hörvermögens setzen Maße des Abstands. Zweckmäßig und schön gestaltete Räume mit guten akustischen Eigenschaften und angenehmen Raumklima fördern die Konzentration der Anwesenden, von Bedeutung für die nonverbale Kommunikation sind auch Ausleuchtung und übersichtliche Anordnung der Beteiligten.

Der Informationsfluss wird durch alle menschlichen Sinne gespeist und aufgenommen. Stimme, Gehör, Gesichtsfeld, Nähe werden von den Versammelten aktiv und passiv genutzt, und wie sie in ihrer ganzen Fülle genutzt werden, prägt den Verlauf des Prozesses. Gesten des Beifalls, der Ablehnung, des Zweifels oder der demonstrativ gezeigten Langeweile laufen neben den verbalen Äußerungen mit. Um es technisch zu sagen: Die Kommunikation im physisch geteilten Raum spielt sich auf einer Unzahl von Kanälen ab, schon die hochgezogene Braue einer Person kann die Richtung der Debatte ändern usw.

Übertragungstechniken fordern Professionalisierung, reduzieren die Bandbreite der Verständigungsprozesse. Wer auf solchen reduzierten Wegen eine Botschaft übermitteln will, muss spezifischen Aufwand treiben, das Medium mit seinen Möglichkeiten und Tücken studieren und Zeit in die Vorbereitung des Auftritts stecken. Die Kommunikationskanäle, die in Präsenz-

veranstaltungen die Selbstorganisation der Beteiligten fördern, werden ausgeblendet oder in ihrer Wirkung gemindert. Institutionen, bei denen sich eine Art Berufsgeschick aufbaut, werden mit solchen Anforderungen leichter fertig als das breite Publikum. Fast unvermeidlich wird die Scheidung der Diskursbeteiligten in Akteure und Zuhörerschaft vorangetrieben. Im Partei- oder Vereinsleben wird das Meinungsgewicht der Vorstände und Spitzenleute größer und das der Mitgliedschaft schwächer.

Professionalisierungszwang (zer)stört die Institution des Gesprächs unter Vertrauten. Ein der Meinungsforschung bekanntes Phänomen ist der Befund, dass die Konfiguration des Meinungsbildes sich im Sommer und Winter erneuert. Es ist die Zeit, in der sich Freunde, Verwandte und Bekannte treffen und Meinungsaustausch stattfindet zwischen Menschen, die sich und die jeweiligen Lebensumstände lange kennen. Zustimmung oder Ablehnung einer Entscheidung erhalten Gewicht durch die Lebenspraxis der Sprechenden. Dergleichen in einer medialen Kommunikation herauszuarbeiten ist hohe Kunst und geht oftmals peinlich schief, im Gespräch unter Vertrauten geschieht es beiläufig. Wird diese Basis zwischenmenschlicher Beziehung reduziert, sind Informationsverluste und Vertrauensschwund unvermeidlich.

Siedlungsraum – Risikoraum – hilfreiche Infrastruktur

Als mit der Entwicklung der zur Industriestadt im Gang des 19ten Jahrhunderts die Ballung großer Menschenmassen in fußläufiger Entfernung zur Fabrik in Gang kam, war die Infrastruktur der Städte dem nicht gewachsen. Die übliche Trennung zwischen Brunnen und Abortgrube genügte nicht mehr den Anforderungen. Mit den Fäkalien ausgeschiedene Krankheits-erreger gelangten ins Trinkwasser. Diesen Übertragungsweg zu entdecken war harte wissenschaftliche Arbeit. (<http://mediatum.ub.tum.de/doc/646039/document.pdf>)

Zur Abhilfe konnte man jedoch auf alte Vorbilder zurückgreifen. Großartige Aquädukte, öffentliche Bedürfnisanstalten, Abschwemmkanalisation waren Standard der römischen Großsiedlungen. Jene alten Anlagen verdanken sich einer Staatskunst, die Jahrhunderte praktischer Erfahrung verarbeitet und sogar religiös verfestigt hatte.

Die Moderne sah die Gefahr erst, als der Zusammenhang mit ihren eigenen, typischen Erkenntnismethoden wissenschaftlich erschlossen worden war. Dann allerdings konnte man auf seit der Antike bekannte Verfahren zur Minimierung des Risikos zurückgreifen. Wasserzuleitung aus sicheren oder geschützten Gebieten und Wasserableitung per Kanalisation.



https://de.wikipedia.org/wiki/Cloaca_Maxima (Auszug): Die elf Aquädukte, die im 1. Jahrhundert n. Chr. Wasser nach Rom lieferten, wurden, nachdem sie vorher viele öffentliche Bäder, wie z. B. die Diokletiansthermen, öffentliche Brunnen, imperiale Paläste und private Häuser mit Wasser versorgt hatten, an das Kanalsystem angeschlossen. Die anhaltende Versorgung mit fließendem Wasser half, Müll wegzuspülen und die Kanalisation vor Verstopfungen zu schützen. Die Abmessungen der Cloaca Maxima betragen bis zu 3 m Breite und mehr als 4 m Höhe. Rom, Tiber: Der Ausgang der antiken Cloaca Maxima. ist heute noch sichtbar.

https://de.wikipedia.org/wiki/Pont_du_Gard#/media/Datei:Pontdugard.jpg Mimova(Mimova (talk)) – Eigenes Werk. Gemeinfrei. Das System der Wasserversorgung erstreckte sich auch auf kleinere Siedlungen und auch Militärlager. Der Pont du Gard war Teil einer etwa 50 km langen Wasserleitung, mit der Wasser von den Quellen nahe Ucetia (Uzès) zur römischen Stadt Nemausus (Nîmes) transportiert wurde.



[https://de.wikipedia.org/wiki/Wittelsbacher_Brunnen_\(Lombardplatz\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Wittelsbacher_Brunnen_(Lombardplatz))

„Gestiftet wurde die Anlage von der Stadtgemeinde München, die damit die Fertigstellung einer neuen Hochdruckleitung aus dem Mangfalltal zur Versorgung der Bürger mit Trinkwasser im Jahr 1883 würdigen wollte.“

München hatte zu dieser Zeit weltweit den Ruf einer der ungesunden Städte. Die Feier der neuen Wasserversorgung diente dem Marketing der Stadt als Veranstaltungsort.

Weniger spektakulär war die Einführung des „Abspülverfahrens“ im Toilettenwesen, das reichliche Wasserversorgung voraussetzt.

Räume der Begegnung in unserer hoch arbeitsteiligen Gesellschaft

Die weit vorangeschrittene Arbeitsteilung erzeugt neben der Welt der Produktionsanlagen ein Universum von Büros und Konferenzen. Das Heer der Berufstätigen braucht Einrichtungen zur Entlastung des Familienalltags, so für den Einkauf täglichen Bedarfs. Die Kindertagesstätte wird zum Erfordernis. Die Lebenszeit, die der Mensch in Bildungseinrichtungen verbringt, nimmt insgesamt zu. Es wächst der Bedarf an Altenheimen und Pflegeeinrichtungen usw. Kollektive Transportmittel sind erforderlich Prozesse physischer Nähe und kommunikativen Austausches, wohin man blickt. Sie bilden die physikalische-biologische Grundlage des gefürchteten „diffusen Infektionsgeschehens“.

Als Problem wird die im Raum der Begegnung geteilte Atemluft seit eh und je empfunden und sozial beantwortet. Niedrige Hütten, hohe Paläste. Stickige Quartiere, luftige Gärten.

Im geteilten Raum sagt uns die sinnliche Erfahrung „verbrauchte Luft“, „stickig“ oder auch derber, „hier stinkt es“. Fenster auf! Zum angenehmen Raumklima gehört aber auch die passende Temperatur (zwischen Nicht-frieren und Nicht-schwitzen) und der Ausschluss von Störgeräuschen. Heizung! Fenster zu!

Die hygienische Lücke, die durch das Phänomen der Aerosole, der mit den Sinnen nicht wahrnehmbaren intimen Kontakte, gegeben ist, kann mit diesen Methoden nicht geschlossen werden. Die Menschen, die in einem geschlossenen Raum zusammenkommen, können die konkrete Infektionsgefahr nicht sinnlich wahrnehmen, die allgemeine Devise „viel Lüften“ ist nicht durchgehend praktikabel.

Wahrscheinlich wird für eine Gesellschaft, die in ihrem Funktionsablauf so sehr von Kommunikation und Begegnung vieler mit vielen abhängt, die Sicherung der Luftqualität im geteilten Raum zur Pflicht. Es kann nicht die Aufgabe linker Politik sein, die ziemlich schwierigen Fragen der Raumklimatisierung technisch zu erörtern. Sie kann aber darauf drängen, dass diese Fragen als öffentliche Aufgabe gestellt und Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zur Bewältigung aufgerufen sind.

Es fehlt aber an Programmen, Einrichtungen zur Reinhaltung der Atemluft in geteilten Räumen systematisch zu entwickeln, zu erproben und in Arbeits- und Schulräumen per Gewerbeordnung bzw. Gesetz verpflichtend einzuführen.

Wir veröffentlichen deswegen einen Auszug aus einem jüngst von der *Gesellschaft für Aerosolforschung* (GAeF)¹ publizierten Offenen Brief, der „goldene Regeln zur Infektionsvermeidung“ benennt² (Hervorhebung in Punkt 5 durch M.F.) und durch ein ausführliches Positionspapier unterfüttert ist.³

Diese bewusst schlicht gehaltenen Ratschläge können zum Teil

Offener Brief der Gesellschaft für Aerosolforschung²

Unsere goldenen Regeln zur Infektionsvermeidung.

- 1.) Infektionen finden in Innenräumen statt, deshalb sollten sich möglichst wenige Menschen außerhalb ihres Haushaltes dort treffen. Zusätzlich muss man beachten, dass in Innenräumen auch dann eine Ansteckung stattfindet, wenn man sich nicht direkt mit jemandem trifft, sich aber ein Infektöser vorher in einem schlecht belüfteten Raum aufgehalten hat!
- 2.) Man sollte die Zeiten der Treffen und die Aufenthaltszeiten in Innenräumen so kurz wie möglich gestalten.
- 3.) Man sollte durch häufiges Stoß- oder Querlüften Bedingungen wie im Freien schaffen.
- 4.) Das Tragen von effektiven Masken ist in Innenräumen nötig. In der Fußgängerzone eine Maske zu tragen, um anschließend im eigenen Wohnzimmer eine Kaffeetafel ohne Maske zu veranstalten, ist nicht das, was wir als Experten unter Infektionsvermeidung verstehen. Dabei ist zu beachten, dass der Dichtsitz der Maske für ihre Effektivität mindestens genauso wichtig ist, wie die Abscheideeffizienz des Materials.
- 5.) **Raumluftreiniger und Filter sind überall dort zu installieren, wo Menschen sich länger in geschlossenen Räumen aufhalten müssen (Wohnheime, Schulen, Alten- und Pflegeheime, Betreuungseinrichtungen, Büros und andere Arbeitsplätze).**
- 6.) In großen Hallen und Räumen ist die Ansteckungsgefahr viel geringer als in kleinen Versammlungsräumen. Wenn man also wieder Theater, Konzerte, und Gottesdienste stattfinden lassen will, sollte das in großen gut gelüfteten Hallen stattfinden oder wenn möglich ins Freie ausgewichen werden.“

von den Einzelnen eingehalten werden. Zum Teil müssen sie aber von der öffentlichen Hand und durch die Arbeitgeber sowie durch die Kultur- und Reiseveranstalter bereitgestellt werden. Das wird viel Geld kosten. Politischer Druck der Wählerschaft und der Gewerkschaften ist unerlässlich.

Wird dieser Aufwand nicht getrieben, wird die Meinungs- und Willensbildung leiden und eine wachsende Zahl von Menschen wird sich zur Knetmasse professioneller Überredungskünstler verformen fühlen. In diesem Zusammenhang ist eine leise Kritik an den Aerosolforschern angebracht. Sie schreiben im Punkt 5 von Räumen, in denen sich Menschen länger „aufhalten müssen“. Das „müssen“ wäre zu streichen. Es braucht billige Lösungen bis hinunter zur Eckkneipe.

Zuallererst aber muss die Politik, die dieses Problem zurzeit noch vernachlässigt, intervenieren und feststellen, dass Forschung und die Bereitstellung zwecks gesunder Raumluft im öffentlichen Interesse zu fördern sind.

1 <https://www.info.gaef.de/> 2 http://docs.dpaq.de/17532-offener_brief_aerosolwissenschaftler.pdf,

3 https://ae00780f-bbdd-47b2-aa10-e1dc2cdeb6dd.filesusr.com/ugd/fab12b_647bcce04bdb4758b2bffcbe744c336d.pdf

In der Krise bewährt sich die Verfassung. Die Verfassungswissenschaft auch?

Johannes Kakoures, München

In den sogenannten sozialen Medien ist es ein neuer Trend, sich über nicht eingetretene Bedrohungsszenarien aus der Szene der Verschwörungstheoretiker lustig zu machen.¹ Tatsächlich sieht es unter dem momentanen schnellen Rückgang des Anstiegs der Infektionszahlen so aus, als könne man zeitnah mit so etwas wie Normalität, also einem Zustand, der weitgehend von bekannten, gewohnten und lang eingeübten Verhaltensweisen geprägt ist, zurückkehren. Die Gefahr, dass sich die BRD in eine „Hygienediktatur“ verwandelt, erscheint tatsächlich als abwegiges Konstrukt einer Handvoll Irrer. Noch vor wenigen Wochen unter dem Eindruck steigender Zahlen bestand dagegen eine starke Nervosität nicht nur hinsichtlich der medizinischen Lage, auch die Stabilität der Verfassungsordnung war oder erschien zumindest keinesfalls gesichert. Ungewöhnlich heftig und im Tonfall fast an das 19. Jahrhundert erinnernd, als Höflichkeit und persönliche Distanz noch kein Kriterium wissenschaftlicher Debatten waren, wie auch unregelmäßige Leser von Karl Marx wissen. Dies ging nicht erst in der zweiten oder dritten Welle los. Bereits früh bemerkte etwa die FAZ eine auffallende Diskrepanz zwischen dem weitgehenden Zum-Erliegen-Kommen des öffentlichen Lebens und dem Anstieg verfassungsrechtlicher Analysen und Veröffentlichungen.² Das in diesem Artikel besprochene Buch „Der Verfassungsstaat in der Corona-Krise“ von Jens Kersten und Stephan Rixen erschien bereits Mitte des vergangenen Jahres und erlebt bereits seine zweite Auflage.

Die Nervosität ist verständlich. Mit der Beschränkung sozialer Kontakte musste der Staat das Grundgesetz in bisher nicht gekanntem Ausmaß in das Privatleben der Bürger eingreifen. Dies erfolgte auf Grundlage unsicherer Prognosen und unter der früh deutlich werdenden Ungewissheit über die Dauer der Maßnahmen bei gleichzeitiger Betroffenheit der hohen und einmaligen Rechtsgüter des Lebens und der Würde der Menschen. Häufig verwendete Formulierungen wie „dem Bürger seine Grundrechte zurückgeben“, tragen bei Verfassungsrechtlern, die wissen, dass man Grundrechte nicht wegnehmen, sondern allenfalls einschränken kann und somit auch nicht zurückgeben kann, wenig dazu bei, Vertrauen in das Bewusstsein und damit das Handeln

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=0Rz2x7sz8mo> ² <https://www.faz.net/aktuell/politik/der-verfassungsstaat-in-der-corona-krise-16998419.html> ³ <https://verfassungsblog.de/kritik-ja-verfassungskrise-nein/>, <https://verfassungsblog.de/kritik-ist-kein-selbstzweck/>, <https://verfassungsblog.de/herbeireden-einer-verfassungskrise-oder-es-lauft-doch-alles-prima>

der maßgeblichen Kreise zu entwickeln. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung waren sehr grundlegend und umfassend und ebenso entwickelte sich die verfassungsrechtliche Debatte. Sehr häufig ging es um die allgemeine Frage der „Verhältnismäßigkeit“ oder um die generelle Geeignetheit des Föderalismus zur Bewältigung großer Krisen. Manche sahen in den Novellierungen des Infektionsschutzgesetzes eine Selbstauflösung der parlamentarischen Demokratie. Die Gerichte handelten dagegen konkrete Einzelfragen ab und scheinen ihrer Rolle hierbei durch die Aufhebung einiger Maßnahmen, bei denen die Begründung des Staates zu dürrig war, wohl gut gerecht geworden sein. Exemplarisch für die Debatte und mit jeweils guter Übersicht über die aufgeworfenen Fragen sind mehrere Beiträge auf dem Verfassungsblog, die sich weniger mit den verfassungsrechtlichen Fragen selbst als mit der verfassungsrechtlichen Debatte hierüber beschäftigen.³

Es sieht nun so aus, als dürften Verfassungsrechtler weiter den gelernten Prüfungsaufbau der Verhältnismäßigkeit (Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit) anwenden und sich nicht mit ungewohnten Dogmatiken einer „Gesundheitsdiktatur“ auseinandersetzen, was darauf hoffen lässt, dass sich die Debatte wieder beruhigt. Doch diese launige Bemerkung soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die zu Grunde liegenden Probleme ernst und keineswegs gelöst sind. Es hat sich gezeigt, dass die Grundrechte vor allem den Staat selbst als Gefahrenquelle im Auge haben. Kommt die Gefahr von außen passt der Grundsatz des „Abwehrrechts des Einzelnen gegen den Staat“ nur mit viel Gekränktheit. Es ist offen, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn die Entwicklung von Impfstoffen länger gedauert und der nun zu beobachtende und nicht einfach nur auf die Maßnahmen zurückzuführende Rückgang der Zahlen später eingetreten wäre. Die – bei allen Verwirrungen im Lager der Querdenker – ernstzunehmende Angst vieler vor einem Verlust ihrer Freiheitsrechte auf der einen Seite und der Anspruch an den Staat, vor Gefahren geschützt zu werden, hat zu einer Erwartungshaltung (sei es nun misstrauisch oder fordernd – irgendetwas wird erwartet) an den Staat geführt, die im Reflexionsprozess der Hüter der staatlichen Rechtsgrundlagen wohl trotz der Masse an Äußerungen bislang nur bedingt angekommen ist.

Medikament gegen Covid-19: Entwicklung nicht einfach, Lobbyismus und Nationalismus machen es nicht leichter

Alfred Küstler, Stuttgart

Wer die staatlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie beurteilt, sollte berücksichtigen, dass Anfangs nicht klar war, wie schlimm und umfangreich die Erkrankungen sind. Es hat sich herausgestellt, sie sind schlimm, vor allem altersspezifisch und für Menschen mit Vorerkrankungen sowie in Ländern mit schwach entwickeltem Gesundheitssystem. Auch wie die Erkrankungen verlaufen, war zunächst ziemlich unklar. Von daher sind die damaligen Entscheidungen der Staatsführungen in den meisten entwickelten Industrienationen, sich auf die Entwicklung eines Impfstoffes zu konzentrieren und entsprechende Mittel in die Forschung zu bringen, verständlich. Daneben hat sich vor allem das Personal in den Kliniken bemüht, bei der Behandlung von schweren Covid-19-Erkrankungen Fortschritte zu erzielen: Beatmen, ja oder nein und wann, entzündungshemmende Medikamente usw. Und schließlich bestand von Beginn der Pandemie noch die Hoffnung, dass eines der vorhan-

denen antiviralen Medikamente gegen das Corona-Virus einsetzbar ist – das ist bekanntlich misslungen, sowohl das von verschiedenen Präsidenten empfohlene Mittel gegen Malaria Chloroquin als auch Remdesivir, das bei Ebola geholfen hat, erwiesen sich als unbrauchbar, ja sogar zum Teil als eher schädlich.

So ging viel Zeit verloren, aber hinterher ist das immer einfacher festzustellen als vorher. Inzwischen sind jedoch einige wahrscheinlich erfolgversprechende Ansätze für Medikamente gegen die Corona-Erkrankung bekannt.

Immunreaktion beeinflussen

Die Gefährlichkeit des Sars-CoV-2 besteht darin, dass es Zellen in verschiedenen Organen befallen kann, nicht nur, wie man zunächst annahm, vor allem Atemwege und Lunge. In den Organen kommt es zu überschießenden Immunreaktionen, die bis zum Organversagen führen können. Wie das bei Erkrankungen der Lunge aussieht, ist in den Medien häufig dargestellt worden. Es gibt inzwischen aber auch z.B. Fälle von Diabetes, der durch

eine Corona-Infektion ausgelöst wurde, weil die Bauchspeicheldrüse geschädigt wurde, Herz-Kreislauf-Schäden und anderes.

Für alle diese Fälle sind Medikamente, die die überschießende Reaktion des Immunsystems unterdrücken, wichtig, da gibt es inzwischen einige, die recht gut wirken und die Sterblichkeit bei an Beatmungsgeräten angeschlossenen Patienten deutlich senken. Für Details, die auch für medizinische Laien verständlich sind, sei auf zwei Wissenschaftssendungen des Rundfunks verwiesen.^{1,2}

Antikörper

Diese Idee ist auf den ersten Blick einleuchtend: Das Medikament ahmt den natürlichen Prozess nach, der bei einem erfolgreich Geimpften nach einer Virusinfektion eintritt. Die Impfung hat Antikörper hinterlassen, die an das Virus angepasst sind (Schlüssel-Schloss-Prinzip) und die am Virus andocken und damit seine weitere Verbreitung unterbinden. Das Problem dabei, kommen diese Antikörper als Medikament, wenn schon viele Viren in den Organen vorhanden sind, mobilisieren sie das Immunsystem enorm, und es kommt dann zu der schon beschriebenen überschießenden Immunreaktion, also Virus tot, Patient aber unter Umständen auch.

Nun ist es verschiedenen Forschungsfirmen und Universitätsinstituten gelungen, dieses Problem in den Griff zu bekommen, in Deutschland z.B. eine Firma in Planegg-Martinsried/Bayern und eine Firma Corat Therapeutics in Braunschweig gemeinsam mit der Uniklinik Tübingen. Der Südwestrundfunk beschreibt die geplante Funktion des Medikaments der Braunschweiger/Tübinger Firma so: „Um eine überschießende Immunreaktion zu verhindern, haben die Tübinger einen Teil des Antikörpers (der hintere Effektor-Teil) gentechnisch abgeschwächt. So soll eine überschießende Immunreaktion verhindert werden. Das Tübinger Forschungsteam hat auf der Suche nach neuen Krebsimmuntherapien in der Vergangenheit bereits einen Teil des Antikörpers abgeschaltet.“²

In den USA soll es Medikamente mit ähnlicher Wirkung geben, prominenter Patient war der damalige Präsident, der nach einer Corona-Infektion mit einer Kombination zweier Antikörper-Medikamente behandelt wurde und ja auch tatsächlich überraschend schnell genesen ist.

Allerdings befinden sich diese Medikamente alle noch in der Erprobungsphase und waren bisher nur in Anfangsstadien der

1 eine allgemeinverständliche Darstellung zu den verschiedenen Medikamenten findet sich unter: <https://www.br.de/nachrichten/wissen/corona-mittel-kommt-das-medikament-gegen-das-virus,SUTGXuY>, 14.4.2021 2 <https://www.swr.de/wissen/neues-antikoerper-medikament-gegen-corona-100.html>, 26.5.2021 3 <https://www.br.de/nachrichten/bayern/kommt-anti-corona-medikament-2022-aus-martinsried,SYXQI2j>, 26.5.2021

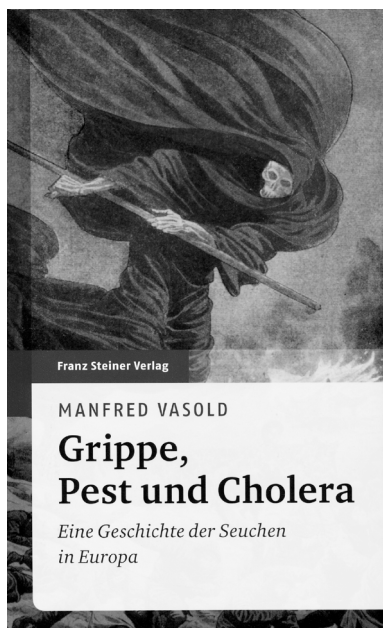
Erkrankung wirksam. Sie werden derzeit bei Risikopatienten eingesetzt, bei denen eine Corona-Infektion festgestellt wurde. Die neuen Antikörpermedikamente sollen aber bei Patienten wirken, die „auch bereits Sauerstoff benötigen“, so Professor Helmut Salih von der Uniklinik Tübingen.

Kampf um Förderung

Aus einer Meldung des Bayerischen Rundfunks vom 26. Mai wird ersichtlich, dass sich ein ziemlicher Kampf um Fördermittel vor und hinter den Kulissen abspielt. „Forschen, entwickeln, testen: So das Credo der Biotechnik-Firma Formycon in Martinsried bei München. Das Ziel: ein Medikament, das den Befall des Körpers mit Corona-Viren direkt bekämpft. Die Forschungs- und Entwicklungskosten belaufen sich bislang auf rund 25 Millionen Euro. Grundlagenförderung gab es durch die Bayerische Forschungsförderung. Doch nun hofft die Martinsrieder Firma auf elf Millionen Euro aus dem Fördertopf des Freistaats Bayern, der Ende 2020 aufgelegt wurde. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (FW) hätte sich noch mehr Haushaltsmittel gewünscht als die ausgelobten 50 Millionen Euro: ‚Wir hätten zwei bis dreimal so viel Geld brauchen können. Der Andrang war riesig aber wir haben natürlich nur begrenzte Mittel und haben jetzt einige Dutzend in die engere Wahl nehmen können.‘ Die Gesamtkosten des Programms inklusive des Aufbaus von Produktionskapazitäten schätzt [Formycon-Chef] Brockmeyer auf rund 200 Millionen Euro. Inzwischen hat auch der Bund nachgezogen und laut Aiwanger ein Fördervolumen von insgesamt 350 Millionen Euro für die Covid-Medikamentenforschung aufgelegt.“³

Dann folgen noch die Klagen aus der Biotech-Industrie, dass in den USA viele Milliarden fließen – und aus der CSU-Fraktion, dass in der EU alles zu spät komme. Außerdem sei zu befürchten, weil die künftige Zahl an Covid-19 Erkrankten viel kleiner sein wird als die Zahl der Impfwillingen, dass sich nicht genügend Investoren für forschende Unternehmen finden. „Der Staat muss dieses Marktversagen auffangen“, meint der Landtagsabgeordnete Tobias Reiß von der CSU.

Bleibt zu hoffen, dass ähnlich wie bei der Impfstoff-Entwicklung der wissenschaftliche Wettbewerb ergänzt wird durch Kooperation und Austausch zwischen den Beteiligten und so die Forschung zu einem möglichst raschen Erfolg führt.



GRIPPE – PEST – und CHOLERA

Aus der Geschichte der Seuchen

Edda Lechner

Zur Einleitung: Wir leben in Zeiten einer weltweiten Pandemie, wie es sie nie zuvor gegeben hat. Seit Millionen von Jahren bevölkert der Mensch die Erde. Seit der „Erfindung“ der Landwirtschaft und Viehzucht vor rund 10 000 Jahren erfahren die Bewohner dieser Welt, dass sie in der engen Nähe zu Pflanzen und Tieren zunehmend von den in und mit diesen lebenden kleinsten Lebewesen gesundheitlich bedroht werden. Erst seit kurzer Zeit wissen wir mehr über die Ursachen dieser Seuchen, die durch solche Organismen, Bakterien und Viren, unser Leben bedrohen. Dieser Artikel soll dazu beitragen, dass wir über die „nähere Geschichte“ dieser bedrohlichen Seuchen und die dabei entstandenen historischen, biologischen und medizinischen Probleme etwas mehr erfahren. Es ist trotz der Fortschritte in der wissenschaftlichen Forschung über die Pandemien ja noch keineswegs gesichert, dass der Mensch von heute mit den wachsenden Folgen derselben „fertig wird“. Denn Seuchen haben nicht nur chemisch-biologische, sondern vor allem auch enorme gesellschaftliche, soziale und politische Ursachen, die gelöst werden müssen. Davon soll dieser Artikel berichten: aus drei ausgewählten historischen Zeiträumen und durch drei typische Beispiele, wie und wodurch gefährliche Seuchen wirken können. Dabei stütze ich mich vor allem auf die Studie von Manfred Vasold in seinem Buch „Grippe, Pest und Cholera“, das ich jedem empfehle, der noch mehr zu diesem Thema erfahren möchte.

Abb.: Titel des Buches von Manfred Vasold mit einem Bild zur Pestallegorie aus der Mandschurei, aus „Le Petit Journal“ von 1911. Im Mittelalter wurde der Tod als Sensenmann, der die Menschen in schlimmen Zeiten „erntet“, häufig dargestellt.

1. Die Pest und der Schwarze Tod im Mittelalter

Am bekanntesten unter den zahlreichen Epidemien der Vergangenheit ist wohl die im Mittelalter in Mitteleuropa, besonders in Italien, England und Deutschland, aufgetretene Pest oder auch der sogenannte „Schwarze Tod“. Während diese aus Asien stammende Krankheit sich dort seit vielen Jahrhunderten, wenn nicht gar Jahrtausenden, immer wieder ausgebreitet hatte, kam sie erst Mitte des 14. Jahrhundert in unsere Breiten. Weder die schon seit Jahrhunderten existierende und weite Gebiete zwischen China und Kleinasien verbindende Handels- (Seiden-) Straße noch der um 1095 begonnene und über 250 Jahre dauernde militärische Überfall der „bewaffneten Wallfahrten“ durch die Ritterheere der „Franken“ (Engländer, Franzosen, Deutsche) in das arabische Land rund um Jerusalem hatte bewirkt, dass die Pest sich nach Europa ausbreitete. Auch die Eroberungen durch die von China ausgehenden Mongolenheere im 4. und 12./13. Jahrhundert blieben ohne Auswirkung. Die Pest übertrug sich über den Landweg und von Ort zu Ort nur langsam. Erst durch die Verbesserung des Schiffsverkehrs zwischen Asien, Arabien und Europa entwickelte sie sich dort zu einer verheerenden Seuche. Genau datierbar „eroberte“ sie 1347 mit genuesischen Schiffen von der Krim aus, dem damaligen Byzanz zugehörig, das Handels- und Seefahrerland Italien. Auf dem Campo Santo in Pisa ist dieser „Triumph des Todes“ eindrücklich dargestellt. Und in malerischen Farben wird aus dieser Zeit berichtet, dass die Pest bei kriegerischen Auseinandersetzungen in Byzanz durch Katapultieren von Leichen in das Lager des Gegners als eine „erste biologische Kriegsführung“ genutzt worden sei. In der Hafenstadt Venedig und dem nahegelegenen Florenz starben an dieser Seuche jeweils 100 000 Menschen, mehr als die Hälfte aller Stadtbewohner.

Es gibt weitere plausible Gründe für die plötzliche rapide Ausbreitung der Pest im Mittelalter. Über Europa brachen Mitte des 14. Jahrhunderts eine Reihe enorm kalter Jahre durch eine allgemeine Abkühlung des Klimas herein – der sogenannten „kleinen Eiszeit“. Darauf folgten zahlreiche Hungersnöte und die kranken und geschwächten Menschen wurden für diese Seuche anfälliger. Bauern und BürgerInnen hatten in den vergangenen zwei Jahrhunderten unter der Prämisse „Stadtluft macht frei“ viele neue Städte gegründet und stetig vergrößert. Handel und Wohlstand wuchsen ebenso bei der Hanse in Lübeck wie in Nürnberg im Süden. Sie erschlossen neuen Verbindungen nach Venedig, Russland oder Brügge. Aber anders als einst im Römischen Reich verfügten sie in der damaligen Zeit nicht einmal über die minimalen Hygienebedingungen. Müll und Essensreste, ja selbst Fäkalien wurden üblicherweise vor der Haustür auf der Straße entsorgt, Schweine und Hühner durften sich ungehindert davon ernähren. Dieser ungezügelter Kontakt zwischen Tieren und Menschen und untereinander führte zu einer rapiden Ausbreitung der Pest, vorrangig unter den Armen, Kranken und allzu eng beieinander Wohnenden. Folglich bereitete die beginnende Neuzeit mit ihrer schnelleren Verkehrsstruktur, dem engeren Zusammenleben, den miserablen hygienischen Bedingungen und last not least den sozialen Missständen bis in unsere Tage den Grund dafür, dass – auch andere Seuchen – immer katastrophalere Folgen hatten.

Die Pest tötete nicht nur Menschen, sondern auch Tiere wie Hunde, Katzen, Rinder, Esel, Pferde, Schafe und Geflügel, wie uns in der „Romaika Historia“ von dem griechischen Schriftsteller Nikephoros Gregoras (1295–1360) authentisch und umfassend überliefert ist. Aber vor allem kursierte sie unter den Ratten, die die (Getreide-) Schiffe gern für ihren Transport nutzten. Von den italienischen Häfen aus zog die Pest ihrer Wege über die Alpen in bayerisches Gebiet, auf dem schiffbaren Strom der Donau – vor allem wegen des Reichenhaller Salzes genutzt – in die regen Handels- und Gewerbestädte nach Passau, München und Augsburg, danach in den Südwesten an den Rhein und über den Main per Landstraße in den hanseatischen Norden Deutschlands. Die Berichterstattung aus zeitgeschichtlichen Quellen

über diese „crudelissima pestilencia“, wie sie z.B. in den „Matterseer Annalen“ für München und seine Umgebung vorliegt, ist allerdings oft mehr als lückenhaft. Schließlich konnte nicht einfach jedweder, sondern zunächst nur die Kleriker, Klöster und Kaiserlichen schreiben und lesen. Andererseits war es im 14. Jahrhundert im bürgerlichen Leben schon üblich geworden, reichlich Urkunden, Verträge, Testamente und auch Tagebücher zu führen. Dass wir in unseren Geschichtsbüchern aber bisher recht wenig über diese das ganze Mittelalter betreffenden Pestilenz erfahren, liegt eher daran, dass erst seit neuestem gründlich historisch geforscht wird: örtlich, regional, deutschland-, bzw. europaweit (England bildet da eine positive Ausnahme). Dies will Manfred Vasold mit seiner Untersuchung vor allem für den bayerischen Bereich nachholen. Warum gibt es für Regensburg beispielsweise keinerlei Berichte von 1348 bis 1350, dem ersten großen und doch sicher beeindruckenden Ansturm der Seuche? In Nürnberg, das „wie eine Spinne im Netz lag“, tauchen erst 1359 Hinweise auf ein großes Massensterben auf. Und waren es in Bremen wirklich 50 bis 60% der BürgerInnen, die verstarben, und in Lübeck ein Viertel der Ratsherren? Es bleibt noch viel zu forschen!

Die Pestilenz grassierte nach 1347 noch mehrmals in Europa. Dabei gab es sicherlich – den Berichten zufolge – auch ganze Regionen, die zeitweise nicht oder die erst Jahrzehnte später betroffen waren, so z.B. Breslau (nachrichtlich erst 1357) und der Böhmisches Kessel. Der allgemeine Bevölkerungsrückgang in Deutschland spricht allerdings insgesamt eine eindeutige Sprache von den ungeheuren Folgen dieser Seuche. So sank die Zahl der Bewohner im Deutschen Reich im Verlauf der folgenden hundert Jahre von 13 bis 14 Millionen auf 7 bis 10 Millionen. Seit ca. 1350 wurden in Deutschland keine neuen Städte mehr errichtet. Die kultivierten bäuerlichen Landschaften wurden wieder von Bäumen und Wäldern eingenommen. Verfügt Deutschland deshalb im Vergleich zu anderen europäischen Ländern bis heute hin über einen hohen Anteil an Waldkulturen? Es wandelte sich unzweideutig auch die Ernährung der deutschen Bevölkerung, wie historische Untersuchungen der Essgewohnheiten zeigen. Statt vorrangig von Getreide lebten die zurückgebliebenen Menschen wieder mehr von Wild und dem Fleisch der in die Wälder getriebenen Rinder und Schweine. Ist aus diesem Grunde bis heute hin Schweinefleisch des Bürgers liebste Nahrung geblieben?

„Die materielle Hinterlassenschaft der Pesttoten vermehrte den Reichtum der Überlebenden“, so schreibt Klaus Bergdolt in seinem Buch „Der Schwarze Tod in Europa“ und „wahrscheinlich gab es die größte interpersonelle Vermögensumbildung in so kurzer Zeit, die Europa je sah“. In die „Verteilungsmasse“ fiel vor allem das Vermögen toter Christen, die, um sich für das Jenseits und gegen die Hölle abzusichern, ihr Hab und Gut oft genug der ihnen die Sünden vergebenden Kirche vermachten. Deren Vermögen stieg gewaltig an. Die allgemeine Umschichtung von Besitz und Reichtum bewirkte aber auch in anderen Bereichen für einen umfassenden sozialen Wandel. Der Aufstieg des Mittelstandes, besonders der Zünfte, begann, während das alte Patriziat, wie etwa die Lübecker Hanse, ... „seine Vormachtstellung gänzlich verlor“.

Die Judenpogrome erreichten im Zusammenhang mit der Pest einen neuen irrationalen Höhepunkt. So beschreibt es der Chronist Fritsche Closener über Straßburg und das Rheinland: „Da man zählte 1349 Jahr, da wurden die Juden zu Straßburg verbrannt in ihrem Kirchhof auf einem hölzernen Gerüst... in etlichen Städten steckten sie selbst mit Feuer die Häuser an... Das geschah darum: man zieh sie, sie hätten Brunnen und andere Wasser verunreinigt mit Gift.“ Begonnen hatten diese Vernichtungsstrategien gegen die Juden allerdings schon lange vorher. Sie stehen mit den anderthalb Jahrhundert zuvor organisierten Kreuzzügen im Zusammenhang. Als Papst Clemens 1095 in Clermont in Südfrankreich mit einer fanatischen Kreuzzugspredigt zur Rettung des bedrohten Heiligen Landes aufrief, wendete sich die fanatische Empörung der einfachen Leute zunächst

gegen die in Frankreich und am Rhein ansässigen durch Handel und Geldverleih wohlhabend gewordenen Juden. Sie zerstörten deren Gemeinden und vertrieben sie massenhaft aus dem Land, so z.B. aus Speyer, Worms, Köln und Trier. Während der Zeit der Pest hat es mit Sicherheit zahlreiche weitere Pogrome gegeben und mit Sicherheit verloren sie auch ihre bis dahin vom Kaiser garantierten Sonderrechte.

Wie die Menschen im Alltag mit der schrecklichen Seuche fertig geworden sind, bleibt auch bei guter Urkundenlage schwer zu beurteilen. Anders als heute – wo ebenfalls immer wieder die kuriossten Verschwörungstheorien auftauchen – konnte der mittelalterliche Mensch kaum wirkliche, sprich wissenschaftliche Erklärungsversuche für dieses Phänomens geltend machen. Aber neben der religiösen Vorstellung, dass es sich um Gottes fürchterliche Strafe handle – repräsentiert durch öffentliche „Geißlerzüge“, die ihren Körper durch blutige Schläge selbst bestraften –, bis hin zu der Angst, dem Werk des Teufels oder der Hexen ausgeliefert zu werden, gab es in der alltäglichen Wahrnehmung auf jeden Fall auch durchaus vernünftige Reaktionen. Wer reich genug war, verzog sich aufs Land, so überliefert in den zahlreichen Geschichten von Giovanni Boccaccios „Decamerone“ und bekannt von dem Tun der Königin Elisabeth I. von England, die London verließ. Die Stadt Mailand verschloss 1348 sämtliche Tore und überstand die Krankheitskrise folgenlos. Bei der nächsten Pest versäumte sie dies zu tun und wurde von ihr umso schrecklicher heimgesucht. Die Ärzte bemühten sich – viele von ihnen hatten inzwischen nach arabischem Muster eine Art wissenschaftlich-medizinisches Studiums absolviert – Versuchte praxisnah zu retten. Um selbst nicht angesteckt zu werden – was nach ihrer Vorstellung durch die Luft geschah – benutzten sie eine Maske mit langem Schnabel. Boccaccio urteilt über die Ergebnisse ihres Bemühens: „Gegen die Erkrankung vermochte weder die Kunst der Ärzte noch die Kraft einer Medizin irgendetwas auszurichten oder gar Heilung zu erzielen“.

Irrationales Handeln stand neben vernünftigen Reaktionen. Das wird deutlich, wenn wir abschließend den Reformator Martin Luther zitieren, der selbst die Pest erfuhr und darüber – allerdings erst 1527 – in seiner Schrift „Ob man vor dem Sterben fliehen möge“ schrieb: „Etliche sind allzu vermessen und keck. Personen, welche die Pestilenz gehabt haben und von ihr genesen sind, zechen und spielen... und wollen ihre Kühnheit beweisen und sagen: ...wolle Gott sie behüten, so würde er's wohl ohne alle Arznei und unseren Fleiß tun... Solches heißt Gott nicht trauen, sondern Gott versuchen. Denn Gott hat die Arznei geschaffen und die Vernunft gegeben, für den Leib zu sorgen ... Danach will ich auch räuchern, die Luft reinigen, Arznei geben und nehmen, Orte und Personen meiden, auf dass ich mich selbst nicht verwarlose und dazu durch mich vielleicht viele andere vergiften und anstecken und so durch meine Nachlässigkeit Ursache des Todes sein möge.“

Im 17. Jahrhundert hatte Athanasius Kirchner erstmals vermutet, dass es sich bei den Verursachern der Pest um Mikroorganismen handle. Aber erst im 19. Jahrhundert konnten bekannte britische Wissenschaftler und der deutsche Bakteriologe Robert Koch (1843–1910) auf Grund ihrer historischen, biologischen und medizinischen Studien vor Ort in Indien, Ägypten, Südafrika und China erkennen, worum es bei der „Beulenpest“ oder auch dem „Schwarzer Tod“ ging. Untersuchungsmaterial war mehr als genug vorhanden: In allen Teilen Asien herrschten damals besonders schlimme Pestepidemien als Folgen von Kriegen und Aufständen. So starben z.B. in China im Anschluss an die von England geführten Opiumkriege und der danach aufflammenden Taiping-Rebellion um 1864 eine fürchterliche Pestepidemie, an der bis insgesamt 30 Millionen Menschen starben. Der Tropenarzt Alexandre Yersin (1863–1943) im französischen Kolonialreich Indochina, erkannte 1894 ebenso wie der japanische Robert-Koch-Schüler Kitasato (1853–1931) auf Grund der von dem dänischen Bakteriologen Christian Gram (1853–1938) entdeckten Färbemethode im Zusammenhang mit Mikroskopieren, dass die Pest durch das entweder gramnegative

und/oder grampositive Bakterium *Yersinia pestis* hervorgerufen wird. Schon lange war der Bevölkerung in Indien bekannt, „dass wenn die Ratten gestorben sind, sterben bald auch die Menschen“. Es erwies sich, dass die gefährlichen Bakterien, die Haut oder Luftwege angreifen, unter Nagetieren und vor allem Ratten weit verbreitet sind und die Krankheit durch ihre mikrobeverseuchten Rattenflöhe auf den Menschen übertragen. Auch die Erzählung vom „Rattenfänger zu Hameln“ scheint diese Ursache erkannt zu haben. Inzwischen ist die DNA der *Yersinia pestis* tatsächlich in Pesttoten des 14. Jahrhunderts in England nachgewiesen worden.

Ganz ausgerottet ist die Pest bis heute nicht, sie tauchte bis vor kurzem in asiatischen Ländern, in Indien, den USA und Vietnam immer wieder auf. Laut dem Robert-Koch-Institut gibt es bis dato auch keinen zugelassenen Impfstoff. Eine Therapie ist nur möglich, wenn innerhalb von 18 Stunden nach Auftritt der ersten Symptome der/die PatientIn stationär behandelt wird.

2. Die Cholera aus dem schmutzigen Wasser

Ebenso wie bei der Pest handelt es sich bei der Cholera um eine aus Asien stammende Seuche, die dort seit langem heimisch, aber trotz vieler Handels-, Kriegs- und Emigrations-Kontakte nicht bis Europa und schon gar nicht bis Amerika vorgedrungen war, obwohl die Cholera eine ansteckende Krankheit ist, von lebenden Erregern hervorgerufen, und diese Erreger sich gern auf Reisen begeben. Bis 1800 waren es neben dem Handel vor allem die religiösen Pilgertouren in der islamischen Welt, die die Seuche verbreiteten. Dies änderte sich deutlich zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Jetzt erreichte die Cholera auch Europa und Deutschland, wofür verschiedene Ursachen ausschlaggebend waren. Wie auch im späten Mittelalter erlaubten die wachsende Zahl und Größe der zur Verfügung stehenden Schiffe und bald auch ihre Schnelligkeit (per Dampfschiff ab Mitte des Jahrhunderts) den europäischen Staaten, ihre Kontakte weltweit auszubauen und sich dauerhaft Kolonien in Asien und Afrika zu sichern. Von dort bewegte sich die Seuche – gespannt beobachtet – 1822 nach Damaskus, 1830 nach Moskau und Odessa. Dieser Wirklichkeit zum Trotz behauptete der Literat Echtermeyer (1805–1844), die Cholera sei im Kampf zwischen Zivilisation und Barbarei eine Krankheit niederer Völker und müsse deshalb an der deutschen Grenze Halt machen. Das tat sie aber nicht und erreichte 1831 – trotz preußischer Gegenmaßnahmen – den Osten des Reiches, Danzig, Posen und Berlin. Ein Jahr darauf starb der deutsche Philosoph Hegel (1770–1832) an der Seuche. In dem folgenden Jahrhundert belieferte die Cholera Europa in jedem Jahrzehnt mit einer neuen Pandemie.

Die Cholera hat eine sehr kurze Inkubationszeit. Aber der übliche Verkehr ging langsam vor sich. Bei der ersten Cholera-Epidemie um 1836 reiste der griechische König Otto aus dem Hause Wittelsbach noch von München aus mit seinem Tross in der Kutsche und zu Pferde wegen diplomatischer Kontakte in Richtung Nürnberg. Er erkrankte unterwegs und konnte sein Ziel Nürnberg gar nicht erst erreichen und dort folglich auch niemanden anstecken. Bald darauf gab es in Deutschland die Möglichkeit, mit der in England erfundenen Eisenbahn, „just in time“ innerhalb weniger Stunden von Nürnberg nach Fürth (erstmalig seit 1835) und von München nach Nürnberg (seit 1852) zu fahren. Die schnelle Verbreitung der Seuche in Franken, Bayern und der übrigen westlichen Welt war technisch gesichert. 1854 zählte Bayern bereits 15 000 Cholerafälle und 7370 Tote.

Für ihre zunehmende Verbreitung der Cholera gab es natürlich noch weitere Gründe. Eine der wichtigsten ist die in diesem Zeitalter stattfindende Industrialisierung, die dafür sorgte, dass die bisher auf dem Lande oder in kleinen Orten lebenden Bauern und Handwerker in die Städte abwanderten. Diese neuen Arbeiter und bald auch so genannten Proletarier lebten keineswegs in gutsituierten Wohnungen, sondern eng aufeinander gedrängt in Massenunterkünften. Eine notwendige Stadt-sanie-

runge und Hygiene waren damals noch genau so wenig üblich wie im Mittelalter. Erst ganz allmählich sahen sich die Regierungen in England, Frankreich, Preußen und Bayern gezwungen, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Das geschah zunächst allerdings meist nur durch polizeilich verordnete Maßnahmen. In Paris – wovon der damals dort lebende deutsche Dichter Heinrich Heine in seinem Buch „Französische Zustände“ lebendig berichtet – wurde in den dreißiger Jahren eine sogenannte Commission sanitaire geschaffen, die den ärmeren Klassen, den sogenannten Chiffoniers, zukünftig verbot, weggeworfene gebrauchte Kleidung zu sammeln und zu nutzen. Das stieß bei den Pariser Straßenbettelern, die nur so überleben konnten, auf heftigsten Widerstand und erzeugte eine Art von Konterrevolution. Dennoch wurde mit der Zeit das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit für vorbeugende Gesundheitsmaßnahmen gestärkt. Die Regierung und private Institutionen richteten nun auch Suppenküchen und Nospitäler ein. Dennoch starben in Frankreich 1854/55 schätzungsweise 150 000 Menschen an der Cholera. In Düsseldorf wurden 1832 erstmalig Gesundheitspässe ausgestellt und eine zehntägige Quarantäne verordnet. Während in München weiterhin noch ungeniert ein großer Glaspalast für die 200 000 Besucher der „Allgemeinen Ausstellung der Industrie- und Gewerbezeugnisse“ erbaut wurde. Auch hier brach deshalb auf dem schnellsten Wege die Seuche aus, an ihr starb allerdings auch der Ausstellungsfabrikant Wilhelm Spaeth.

Umweltereignisse spielten ebenfalls eine große Rolle, weshalb die Cholera zu Beginn des 19. Jahrhunderts ihren Weg nach Europa fand. 1817 brach in Indonesien der Vulkan des Mount Tambora aus. Dieser Ausbruch war so verheerend, dass über Jahre hinweg ein gewaltiger Asche- und Staubregen die Atmosphäre der ganzen Welt verdunkelte, bzw. vergiftete – klassisch zu erkennen an den damals entstandenen Landschaftsbildern des englischen Malers William Turner (1775–1851). Die Folgen waren wie auch bei der „kleine Eiszeit“ des 13. Jahrhunderts, dass das Getreide auf den Feldern verdarb und Missernten entstanden. Die Preise für Brot und Nahrungsmittel stiegen, für die Armen kaum mehr bezahlbar. Die Bauern und kleinen Handwerker, die mit Beginn der Industrialisierung in die großen Städte gezogen waren, konnten durch Eigenanbau von Getreide und Gemüse nicht mehr für ihre Familie sorgen. Außerdem waren die Löhne im Vergleich zu ihren bisherigen Verdiensten gefallen. Unterernährt und geschwächt wurden sie schnelle – soziale – Opfer der Cholera. Sie starben massenhaft an eigentlich recht harmlosen körperlichen Erscheinungen wie: Erkältungen, Übelkeiten, Schwindel, Mattigkeit und Blutdruckabfall. Am schlimmsten wirkte sich jedoch ein rapider Flüssigkeitsverlust aus. Leider rieten die Ärzte den Erkrankten auch noch, trotz des Durstes auf das Trinken zu verzichten.

Selbst der aufgeklärte Goethe (1749–1832) machte noch 1831 die Gestirne für die Verbreitung der Cholera verantwortlich. Doch das 19. Jahrhundert war erfreulicherweise die Zeit der aufkommenden Wissenschaft. Neben der seit eh betriebenen Philosophie entwickelten sich die Fächer der reinen Naturwissenschaft mit neuen bahnbrechenden Erkenntnissen aus Biologie, Chemie und Medizin. Ihnen verdanken wir einen wahren Schatz an Erfindungen für gesundheitliche Verbesserungen. Und außerdem konnten mit Hilfe dieser Forschungen die wirklichen Ursachen der weltweit grassierenden Seuche entschlüsselt werden.

Leider herrschte unter den damals bekannten Wissenschaftlern eine nahezu feindliche Konkurrenz. Jeder wollte der erste einer Entdeckung werden – so am Nordpol – und jede Nation förderte nur ihre eigenen Koryphäen – so Deutschland ihren Robert Koch und Frankreich Louis Pasteur (1822–1895). Auch innerhalb Deutschlands gab es oft große gegnerische Konkurrenz anstelle von erfolgreicher Zusammenarbeit. So entstand ein dauerhafter Wettbewerb zwischen den Theorien des Münchner Arztes Max Pettenkofer (1818–1901) und Rudolf Virchow (1821–1902), sowie dem Bakteriologe Robert Koch. Gemäß älteren geologischen Forschungen –wiederum beruhend auf alten



Bild 2: Robert Koch, (1843–1910), ein Foto, das ihn 1884 als Forscher – gegen die Tuberkulose – im Labor und am Mikroskop darstellt und in China überliefert wird – <https://zhuanlan.zhihu.com/p/359236175>

arabischen Vorstellungen – vertrat Pettenkofer, seit 1865 der erste deutsche Inhaber eines „Lehrstuhls für öffentliche Hygiene“, die Auffassung, dass die Cholera von einem Miasma ausgehe, das dem Dunst und Dampf der Erde entsteige. Er prüfte die Wohnorte der Erkrankten, deren Lebensalter und Todestag, leider nicht den Unterschied zwischen den Häusern mit oder ohne Wasseranschluss. Als es 1854 in Würzburg nur drei Todesopfer gab, glaubte er, dass dies an dem felsigen Untergrund der Stadt läge, der keinerlei Feuchtigkeit abgeben könne. Rudolf Virchow protestierte in einem offenen Brief in der „Wiener Medizinischen Wissenschaft“ vergeblich gegen diese Vorstellung. Als es im Sommer 1866 nach dem Krieg zwischen Preußen und Österreich zu einer neuen Cholera-Epidemie kam, weil anschließend kranke und verwundete Soldaten überall durch das Land zogen, blieb auch Würzburg im Norden Bayerns nicht verschont, wohl aber das südliche Bayern, weil hier keinerlei Kampfhandlungen stattgefunden hatten. Pettenkofer änderte seine – falsche – Theorie dadurch jedoch nicht.

1883 machte der Leiter des Kaiserlichen Gesundheitsamtes in Berlin, Robert Koch, der bereits den Erreger des Milzbrandes und der Tuberkulose entdeckt hatte, Untersuchungen zur Pandemie in Ägypten, Indien und am Mittelmeerhafen Toulon, wohin er jeweils persönlich mit einem Ärzteteam reiste. Er fand Keime im Darm der Toten und mit Hilfe des damals gerade verbesserten Mikroskops entdeckte er, dass die stäbchenförmigen Bakterien *Vibrio cholerae* die Ursache der Seuche waren. Sie bevorzugten das Leben in einem alkalischen Milieu – Milch oder Wasser – und gaben bei warmen Temperaturen das Gift Exotoxin frei. Sie gelangten unzweideutig über Flüssigkeiten, vor allem durch verschmutztes Wasser, in den menschlichen Körper. Fortbildungskurse und Konferenzen überzeugten ab 1885 bald die Ärzte in aller Welt, dass gegen das Bakterium nur sauberes Wasser half. Jetzt erhielten die geforderten hygienischen Maßnahmen des Vereins für öffentliche Gesundheit in dem zwar bürokratischen, aber gesundheitlich fortschrittlichen Preußen und danach auch in dem neu gegründeten Deutschen Reich eine

umfassende Unterstützung. Schließlich hatte das Königreich Preußen in den Jahren zuvor mehr als 380 000 Menschen verloren!

Hamburg war in Deutschland der letzte Ort, der sich diesen Erkenntnissen und den neuen gesundheitlichen Vorschriften fügte. Wir kennen diese Ursachendebatte und Verweigerung folgerichtiger Maßnahmen durch bornierte Präsidenten auch heute noch. Die liberale hanseatische Obrigkeit wollte nicht auf ihre lukrativen Handelsgeschäfte und die Gewinne aus der massenhaft von Auswanderern genutzten Schifffahrt verzichten. Und schon gar nicht Gelder bereitstellen, um eine Sanierung der unbeschreiblich ungesunden Wohnungen im berühmten Gängviertel vorzunehmen, deren BewohnerInnen ihr verdrecktes Trinkwasser immer noch aus der Elbe bezogen. Robert Koch: „Ich vergesse, dass ich in Europa bin.“ Da sie jedoch 1892 mindestens 8 600 Tote zu beklagen hatten, gaben sie schließlich nach und errichteten eine hygienisch vertretbare Wasserversorgung für die Hansestadt. Der Arzt Pettenkofer konnte diesen ergebnisreichen wissenschaftlichen Beweisen immer noch nicht zustimmen. Er bat Robert Koch im selben Jahr, ihm für einen Selbstversuch doch eine Kultur Erreger zu schicken, um dessen Theorie als unhaltbar zu beweisen. Koch sandte absichtlich eine schwache Kultur und Pettenkofer kam mit schweren Durchfällen davon. 1901 nahm er sich am Starnberger See das Leben.

Auch in England konnte das Parlament nach anfänglicher Verzögerung in den verzweigten Sümpfen der Londoner Themse durch umfassende Sanierungsmaßnahmen die Cholera endlich bezwingen. Ein cleverer Arzt hatte zuvor punktgenau den Ort, bzw. den entsprechenden Brunnen, identifiziert, der als Ursache für den ersten Cholerafall verantwortlich war – natürlich in einem Elends- und Armutsgelände. Mithilfe der gründlichen Verbesserungen der hygienischen Zustände in den Städten, zog sich die Cholera im 20. Jahrhundert aus Europa zurück. Es folgte die Versorgung und Behandlung mit Antibiotika. Der noch einmal deutlich zunehmende internationale Schiffsverkehr und der Mangel an medizinischer Vorsorge ließ die Epidemie allerdings in den 60er und 70er Jahren in Asien und Afrika, aber auch im Pazifik und Südamerika noch einmal wieder aufleben.

3. Die Spanische Grippe – schlimmer als der Krieg

Die Grippe (von russ. grip – ergreifen) oder Influenza (aus dem Italienischen – einfließen) ist seit langem in Europa bekannt. Erst im 19. Jahrhundert nahm sie an Häufigkeit und Heftigkeit zu. Zwei Seuchen ergriffen in den 1830er Jahren gleichzeitig mit der cholera asiatica ganz Zentraleuropa, wobei in den deutschen Großstädten die allgemeine Sterblichkeit von durchschnittlich ca. 25 auf 40 Promille anstieg. Viele bekannte Persönlichkeiten waren davon betroffen. So starb der Dichter Albert von Chamisso in jungen Jahren elendig an den Folgen dieser Krankheit. Dem französischen Arzt Gustav Le Bon (1841–1931) diente die Seuche, seine „Psychologie der Massen“ zu verfassen. Zwei größere Grippewellen gab es in den 1880er Jahren in Europa. In Deutschland konnten dafür die in den Großstädten nach der Cholera-Epidemie gerade frei gewordenen Krankenhaus-Betten genutzt werden.

Eine systematische Grippeforschung gab es erst während der letzten großen Seuche von 1892. Der Mediziner Richard Pfeiffer (1858–1945) vermutete, dass die Influenza durch einen Bazillus übertragen wurde. 1933 korrigierten Wissenschaftler diese Ansicht durch die Erkenntnis, es handle sich um ein (tiergetragenes) Virus in den verschiedenen Variationen A, B und C. In den letzten Jahren hat man die Erreger der Spanischen Grippe von 1918/19 als Virus H1N1 klassifiziert. Weitere Nummern und Buchstabenbenennungen sind gefolgt. Die kürzlich ausgebrochene Vogelgrippe ist bei H5N1 angelangt. Eine Immunität gegenüber dem jeweils aktuellen Typus ist stets nur aktuell möglich. Diese Erkenntnisse und Erfahrungen konnten die Wissenschaftler und Betroffenen bei der weltweit grassierenden Grippe von 1918 noch kaum systematisch nutzen. Wer die Seuche

überstand, war eben für längere Zeit vor ihr geschützt. Zum Ende des Ersten Weltkrieges tötete 1918 die sogenannte „Spanische Grippe“ weitaus mehr Menschen als der Krieg in den vergangenen vier Jahren. Weltweit ist mit ca. 8 bis 10 Millionen Opfern als Folge der Kriege und ihrer Verwüstungen zu rechnen, während an der Influenza wohl 25 bis 40 Millionen Menschen starben. Die meisten davon allerdings außerhalb Europas in Asien, Afrika und vor allem Indien – hier allein 16 bis 17 Millionen. Indische Soldaten in europäischen Armeen hatten sie dorthin gebracht.

Die Geschichtswissenschaft hat das Phänomen und die riesigen Folgen dieser Seuche bisher ziemlich wenig beachtet. Sie wird beispielsweise in der „Illustrierten Weltgeschichte“ des „Farbigen Ploetz“ von 1982 überhaupt nicht erwähnt. Von Anfang an wurde die Tatsache einer vernichtenden Seuche bewusst verschwiegen, besonders auch von der deutschen Regierung, um den „letzten Kampfwillen“ an der West-Front aufrecht zu erhalten. Nachdem die Ostfront durch den Vertrag von Brest-Litowsk bereits befriedet worden war, verschob die Generalität die frei gewordenen Truppen zum Endsieg in die Schützengräben nach Frankreich, direkt unter die Fuchtel der „Spanischen Grippe“. Ihr Name stammt aus einem Land, in dem sie keineswegs entstanden war. Man benannte sie nach Spanien, weil in diesem Land, das nicht am Weltkrieg teilgenommen hatte, offen über diese Pandemie berichtet werden durfte, während dies in den anderen europäischen Ländern, vor allem auch in der deutschen Presse, verboten war. Diese schlechte Quellenlage über diese Pandemie ist bis heute spürbar. Erst ganz allmählich und meist nachträglich gab es literarische Berichte und Darstellungen über ihre verheerenden Folgen. So bei Thomas Mann in seinen Memoiren, bei dem Sozialwissenschaftler Lujo Brentano in einer Autobiografie, bei den Historikern Alexander von Müller und Hermann Hempel, sowie bei den Dichtern Oskar Maria Graf (1894–1967) in „Das Leben meiner Mutter“, bei Wolfgang Koeppen (1906–1996) in seinem Buch „Jugend“ und dem selbst erkrankten Victor Klemperer in seinem „Curriculum vitae“. Als Zeitzeuge berichtete auch Ernst Jünger (1895–1998) von den schrecklichen Zuständen unter den Soldaten an der Front in seinem Roman „In Stahlgewittern“. Einige beherzte Mediziner untersuchten in diversen Fachzeitschriften die Ursachen, um den Verlauf dieser Krankheit zu analysieren.

Wie bereits in den beiden vorherigen Pandemien nachgewiesen wurde, konnte sich auch die Grippe auf Grund der vorhandenen sozialen Lage schnell entwickeln. Die nach vier Kriegsjahren entstandene allgemeine Nahrungsmittelknappheit – es fehlte an Düngemitteln wie auch an Arbeitskräften – hatte 1916 bereits den sogenannten Kohl- und Steckrübenwinter hervorgebracht. Ausreichend Fleisch, Getreide und Eiweiß gab es schon lange nicht mehr, es konnte nur noch von den Reichen auf dem Schwarzmarkt erstanden werden. Nun verhängte Großbritannien auch noch im Nordseebereich eine Hungerblockade. In Bayern erfolgte daraufhin bereits 1917 der erste kleinere Hungerkrawall und bald auch Streiks. Es fehlte an Kohle, Textilien, Kleidung, Seife und Wohnraum.

Wenn auch diese Zustände die Ausbreitung der Grippe enorm beschleunigt haben, ist doch die wesentliche Ursache ihrer rapiden Verbreitung der Tatsache zuzuschreiben, dass sie eine höchst ansteckende kontagiöse Krankheit ist, die sich durch Tröpfcheninfektion mit einem Luftzug selbst über Schützengräben hinweg verbreiten kann. Während der Weltverkehr mit seinem Handel eher ruhte, wurde sie umso heftiger durch die weltweiten militärischen Bewegungen der Anlass für eine der größten Pandemien der Weltgeschichte. Entstanden war der erste Fall durch die Kontakte eines in der Schweineindustrie arbeitenden Bauern in den USA, den man im Juni 1918 zusammen mit 1,5 Millionen amerikanischer Soldaten zusammengepfercht in engen Schiffsräumen über den Atlantischen Ozean zum Einsatz nach Europa geschickt hatte. Bereits unterwegs steckten sich die Männer in kürzester Zeit untereinander an, wurden krank, starben oder überstanden die Seuche. Auf jeden Fall brachten sie die Grippe



Die Spanische Grippe: Eine Militär-Notfallkrankenhaus in Kansas, 1919. Vom National Museum of Health and Medicine, Armed Forces Institute of Pathology, Washington, D.C., United States, gemeinfrei.

viren an die Front und in die Schützengräben. Bereits im Juli 1918 traten 400 000 Fälle im deutschen Heer auf und 45 000 beim deutschen Eisenbahnpersonal. Die Kranken wurden kaum ordentlich von Ärzten untersucht, durften sich auf gut Glück erholen oder sterben und erhielten außer Pfefferminztabletten kaum Medikamente. Natürlich war die ärztliche Erkenntnis zu der Zeit sehr mangelhaft und irgendwelche Gegenmittel – wie etwa Antibiotika – gab es bekanntlich noch nicht. Aber vor allem hatte die deutsche Heeresleitung alles andere im Kopf als die gezielte ärztliche Versorgung ihrer kranken Soldaten, die eh den Heldentod sterben sollten.

Wie sich die Generäle und die „noch verantwortliche“ kaiserliche Regierung benahmen, wissen wir auch aus unserer heutigen Erfahrung: durch Leugnung der Pandemie und Stillschweigen über ihre Folgen. General Max von Gollwitz erwähnte die Grippe mit keinem Wort, Ludendorff schrieb über sie nur in seinen geheimen Aufzeichnungen. Als der Reichskanzler Prinz Max von Baden auf das Krankenlager geworfen wurde, beklagte er lediglich, dass die Verhandlungen mit dem Kabinett nun sehr erschwert wären. Kaiser Wilhelm hielt sich von solchen Unterredungen einfach fern – er fürchtete die Ansteckung. Indessen verstarben in den Betrieben, Pflegeeinrichtungen und z.B. im Dienst des Straßenbahnverkehrs in München und anderswo die Arbeiter und Mitarbeiter zu Tausenden hinweg.

Thomas Mann (1875–1955), der sich 1911 in seiner Novelle „Der Tod in Venedig“ zwar ausgiebig der Cholera widmet, schenkt der Grippe keinerlei Aufmerksamkeit, sondern berichtet Mitte 1918 nur von einem erholenden warmen Sommer, wodurch es zu einem gewissen Rückgang der Krankheit kam. Die Kämpfe im Westen wurden eingestellt, die Soldaten von den Fronten abgezogen und es gab Waffenstillstands-Verhandlungen. Von Kiel bis München entstanden Revolutionäre Bewegungen, die dem Krieg ein Ende bereiten und eine neue soziale Gesellschaft errichten wollten. Als in München 1918 die Räterepublik ausgerufen wurde, flüchtete der bayrische König Ludwig III. In Berlin wurde im selben Jahr durch die KPD und die Sozialdemokraten ebenfalls die neue Republik ausgerufen. Aber auch diese erfreulichen öffentlichen Massenbewegungen verursachten, dass

nach nur einer kurzen Pause die Grippewelle im Herbst 1918 zurückkehrte. Heftiger als je zuvor. Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ empfahlen zwar den Kranken – wozu inzwischen auch der katholisch Nuntius Pacelli, der spätere Papst Pius XII, gehörte – die Öffentlichkeit zu meiden, aber wer mochte sich danach richten? Volks- und Mittelschulen wurden geschlossen. Mit den Bestattungen kamen die Leichenfrauen kaum nach, so dass der Magistrat immerhin 4.200 Mark bewilligen musste, um wenigstens diese Notlage zu befrieden.

Es konnten jetzt immerhin einige genauere Untersuchungen vorgenommen werden, um die Seuche zu identifizieren und statistisch zu erfassen. So liegt z.B. für München ein Statistisches Handbuch mit genauen Eintragungen vor, in dem allerdings das Wort Grippe oder Influenza nicht auftauchen, sondern nur allgemeine Todesfälle gezählt werden. Die Zählung ergab: vor allem Frauen, Säuglinge, Kinder und junge, oft recht gesunde Männer waren

am meisten betroffen. Woran konnte das liegen? Zum einen, weil die älteren Menschen vermutlich durch vorherige Grippewellen (so z.B. 1895, 23 Jahre zuvor) inzwischen eine eigene Immunität entwickelt hatten. Die Frauen waren nicht in den Krieg gezogen und nun einfach in der Überzahl, was sich auch an der Statistik bemerkbar machen musste. Kinder und Jugendliche waren natürlich eh anfälliger als Erwachsene. Die Sterblichkeit der 21- bis 30-jährigen Männer – geschwächt und noch nicht immunisiert aus dem Krieg zurückkommend – war doppelt so hoch wie die der Betroffenen in der ersten Grippewelle. Die daheim gebliebenen besser gestellten Männer hatten sich vermutlich in der ersten Pandemie zurückziehen und so ebenfalls keine Immunität herausbilden können.

Die demografischen Folgen dieser Erscheinungen zeigten jedoch, dass für das Deutsche Reich mit geschätzten zehn Millionen Grippekranken die Sterblichkeit mit 300 000 immerhin noch recht niedrig war. Aber die Bevölkerungspyramide änderte sich erheblich und hinterließ einen Überalterungsprozess. Diese hatte eindeutig auch wirtschaftliche und soziale Folgen. Sie förderte einerseits den wachsenden Konservatismus der zwanziger Jahre, ermöglichte andererseits aber auch der dringend gebrauchten arbeitenden Klasse die Durchsetzung des Achtstundentages und eine größere Selbständigkeit und Freiheit für die weiblichen Bevölkerung. Natürlich nicht ohne die dazu notwendigen Proteste. Die umfassende politische Frage, inwieweit die doppelte Grippe das Kriegsende selbst beschleunigt und dazu beigetragen hat, eine neue demokratische Regierungsform zu installieren, kann sicher auf vielfache Weise positiv beantwortet werden. Doch dazu müssen allzu viele Faktoren in Betracht gezogen und miteinander abgewogen werden. Das soll hier nicht geschehen. Gegenwärtig steht für uns ja wieder dieselbe Frage an: Was ändert sich positiv oder negativ durch und nach der Coronapandemie?

Abschließend sei noch einmal gesagt, dass, wer noch mehr über noch mehr Seuchen wissen will, der möge das für diesen Artikel verwendete und bereits empfohlene Buch von Manfred Vasold lesen. Darüber hinaus kann auch folgende weitere Literatur genutzt werden:

Quellen und weiterführende Literatur: Manfred Vasold: „Grippe, Pest und Cholera“, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2015 • Hans Wollschläger: „Die bewaffneten Wallfahrten gen Jerusalem“, Wallstein Verlag, Göttingen 2003 • Klaus Bergdolt: „Der Schwarze Tod in Europa“, C. H. Beck, München 1994 • Peter Schäfer: „Kurze Geschichte des Antisemitismus“, C. H. Beck, München 2020 • Giovanni Boccaccio: „Das Dekameron“, Aufbau-Verlag Berlin-Weimar 1984 • Martin Luther: „Ob man vor dem Sterben fliehen möge“, 1527, Weimarer Ausgabe Bd. 23 • Heinrich Heine: „Französische Zustände“, Erst-Ausgabe Hoffmann und Campe 1831, neu im Hofen-berg Verlag, Berlin 2017 • Oskar Maria Graf: „Das Leben meiner Mutter“, dtv, München 1982 • Wolfgang Koeppen: „Jugend“ in Bd. 7 – Werke in 16 Bänden, Suhrkamp Verlag, Berlin 2016 • Ernst Jünger: „In Stahlgewittern“, Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 2014 • Thomas Mann: Novelle „Der Tod in Venedig“, Hyperion Verlag Hans von Weber, 1912 – dazu gibt es auch den bekannten Spielfilm „Der Tod in Venedig“ von Luchino Visconti von 1970.

Stichwort Pandemie. Liste der Beiträge in den Politischen Berichte von Nr. 2/2020 bis Nr. 2/2021

In der PDF-Fassung ist dieses Verzeichnis interaktiv, d.h. der Klick auf die in blau (im Druck grau) ausgezeichneten Textstellen führt zum Quellentext. Die Texte sind ohne weitere Korrektur in der Form belassen, in der sie sich auch auf der Webseite befinden. Die Einträge werden fortgeführt, der aktuelle Stand der Liste kann über das Stichwortesystem aufgerufen werden. <http://www.linkekritik.de/index.php?id=1300>, ->Konfliktfelder ->Pandemie oder über <http://www.linkekritik.de/index.php?id=629>, ->Recherchethemen -> Pandemie.

Politische Berichte Nr. 2/2020

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2020/pb20-02-i.pdf>

Eva Detscher, PB02/2020, [S.02 Großbritannien Gesundheitsdienst Corona](#) • National Health Service • steuerfinanziertes Gesundheitssystem • Geschichtliche Anhaltspunkte • Krankenversorgung für Alle **Stichworte:** 2020• Detscher, Eva• Großbritannien• Ökologisches• Pandemie

PB-Red, PB02/2020, [S.02c Drei TERMIN-ABSAGEN](#) Jahrestagung Verein für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation • Sommerschule 2020, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung • Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik **Stichworte:** 2020• Pandemie

Martin Fochler, Alfred Küstler, PB02/2020, [S.03 Die Pandemie und ...](#) Verschiebung Wertmaßstäbe • Naturkatastrophe / Systemfrage • Hauptinteresse Stabilisierung • Bedeutung der Daseinsvorsorge • Wiederbelebung von Kooperationsbeziehungen • Solidarität und Zivilisierung • Grundrechte sichern • Grenzen der Justiz • Bedeutung der internationalen Institutionen • informierte Diskussion • soziale Diskriminierung **Stichworte:** 2020• Fochler, Martin• Küstler, Alfred• Pandemie• WHO

Eva Detscher, PB02/2020, [S.06 WHO oder Weltgesundheitsamt?](#) Wie es war • Was kann die WHO und was kann sie nicht • Kritik an der WHO • Zitate Trump **Stichworte:** 2020• Detscher, Eva• Pandemie• WHO

Thorsten Jannoff-d, PB02/2020, [S.08 Aktionen-Initiativen-Thema: HANDICAP](#) • 01 Geflüchtete Menschen mit Behinderung vor Corona schützen – Infektionsrisiken senken – Ein Appell von Handicap International e.V. • 02 Mehr Übersetzungen in Gebärdensprache • 03 Offener Brief: Coronavirus zwingt zum Handeln zum Schutz von Geflüchtete • 04 Menschenleben schützen! – Massenunterkünfte auflösen! – Wohnungen statt Lager! • 05 Wirtschaftliche Auswirkungen der Covid-19-Krise treffen Beschäftigte in Produktionsländern fatal • 06 Ohnehin überlastete Beschäftigte werden wie Zitronen ausgequetscht. **Stichworte:** 2020• Jannoff, Thorsten• Pandemie

Jörg Detjen, Michael Weisenstein, PB02/2020, [S.11a Kölner Stadtrat beschließt 45 Millionen Euro für kommunale Hilfsmaßnahmen gegen Corona](#). Täglich ändert sich die weltweite gesundheitliche Bedrohung durch das Corona-Virus. Die Kölner Ratsfraktion Die Linke bemüht sich seit Beginn dieser Krise, konkrete Hilfen anzustoßen. Kölner Tafel • Haushaltssperre «light» • Kommunalen Rettungsschirm **Stichworte:** 2020• Detjen, Jörg• Köln• Pandemie• Weisenstein, Michael

Ulli Jäckel-d, PB02/2020, [S.11b Kommunale Politik – Thema: In Zeiten der Pandemie](#). Siehe auch S.12: Corona-Krise und Auswirkungen, Folgen und Folgerungen für die kommunale Ebene • 01 Für ein solidarisches Miteinander – Linke stellt Antragspaket zur Coronapandemie: München. • 02 Tafel nimmt Notbetrieb auf – Die Linke hilft. Mainz • 03 Grundrechte nicht leichtfertig aufgeben: Frankfurt a.M. • 04 Schaffung einer Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsgesellschaft Kultur und Kreativwirtschaft: Erfurt. • 05 Linke übt massive Kritik an geplantem Drohneneinsatz in Viersen • 06 Haushaltssperre völlig unangemessen! Essen. • 07 Corona-Krise gemeinsam bewältigen: Duisburg. • 08 Deutscher Städtetag fordert kommunalen Rettungsschirm – Corona-Krise führt bei Städten zu gravierenden Einnahmeverlusten. **Stichworte:** 2020• Jäckel, Ulli• Pandemie

Hans Decruppe, PB02/2020, [S.12 Corona-Krise und Auswirkungen. Folgen und Folgerungen für die kommunale Ebene](#) Neujustierung Verhältnis Privatwirtschaft/öffentlicher Sektor • Kommunale Demokratie • Verbesserung Gesundheitswesen • Kommunalwahl NRW 2020 **Stichworte:** 2020• Decruppe, Hans• Die Linke• NRW• Pandemie

Sabine Skubsch-e, Doris Achelwilm-d, Cornelia Möhring-d, PB02/2020,

[S.14 Frauen* und Systemfragen in Zeiten von Corona – Was zeigt sich, was bleibt unsichtbar, und was muss \(spätestens nach der Krise\) anders werden?](#) Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede • Schutz vor Gewalt • reproduktive Selbstbestimmung • Versorgungssituation mit Ärzt*innen • Schulschließungen • Alleinerziehende • Geflüchtete Frauen • Sexarbeiterinnen • Wohnungs- und obdachlosen Frauen • Geschlechtergerechtes Entscheidungsmanagement **Stichworte:** 2020• Achelwilm, Doris• Möhring, Cornelia• Pandemie• Skubsch, Sabine

Rüdiger Lötzer, PB02/2020, [S.17 IG Metall: Ein guter Tarifvertrag zur Überbrückung der Corona-Zeit](#) Zusätzliche freie Tage • Aufstockung Kurzarbeitergeld • Übernahme Auszubildende **Stichworte:** 2020• IG Metall• Lötzer, Rüdiger• Pandemie

Politische Berichte Nr. 3/2020

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2020/pb20-03-i.pdf>

Eva Detscher, PB03/2020, [S.02c Und was beim Brexit?](#) Torsys pokern hoch mit Leben der Menschen • Verhandlungen über Austrittsabkommen bis Ende Juli verlängert • «Harter» Breit wahrscheinlich **Stichworte:** 2020• Detscher, Eva• EU• Großbritannien• Pandemie

Achim Wahl, PB03/2020, [S.07 Das Virus und das Chaos – Brasilien unter Präsident Bolsonaro](#) Bolsonaros Anhänger betreiben Wiederbelebung der Militärdiktatur • Allianz zwischen Finanzkapital, Militär und Neofaschisten • Linker Widerstand bemüht sich um übergreifende Bewegung **Stichworte:** 2020• Brasilien• Pandemie• Wahl, Achim

Thorsten Jannoff-d, PB03/2020, [S.08 Aktionen-Initiativen. Thema: Corona und die Bürgerrechte](#) 01 Verbote- Hamburg – Abwertung von Grundrechten nrw | 02 Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte: Rationalität in Zeiten der Unsicherheit | 03 Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. – Demokratie- und Grundrechteabbau in der Corona-Krise beenden! | 04 Interventionistische Linke: Abstand halten zu Hygiene-Demos | 05 Humanistische Union: Grundrechte gehören nicht in Quarantäne, auch nicht Datenschutz in der Pandemie! **Stichworte:** 2020• Humanistische Union• Interventionistische Linke• Jannoff, Thorsten• Pandemie• vdä• VDJ

Thorsten Jannoff, PB03/2020, [S.10b NRW Kommunalwahl wird voraussichtlich nicht verschoben](#) Aufstellungsfrist wird verlängert • Klagen gegen Nichtverschiebung **Stichworte:** 2020• Jannoff, Thorsten• NRW• Pandemie

Thomas Trüper, PB03/2020, [S.12 Mannheim: Der Schirm ist löchrig](#) Steigerung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft • Übernahme der Gewerbesteuer ausfälle • Hohe Verluste für das kommunale Krankenhaus • Nettoneuverschuldungsverbot ist angezählt. **Stichworte:** 2020• Mannheim• Pandemie• Trüper, Thomas

Ulli Jäckel-d, PB03/2020, [S.14 Kommunale Politik: In finanzieller Notlage](#) 01 Fraktion Die Linke im Karlsruher Gemeinderat fordert kommunalen Rettungsschirm | 02 Linke fordert einen finanziellen Schuttschirm für Kommunen: Tübingen | 03 Schuttschirm für den Sozialstaat spannen! Potsdam. | 04 Ignoranz der Landesregierung bedroht soziale Träger in Hessen: Wiesbaden. | 05 Rot-Rot-Grün schafft finanzielle Vorsorge in der Corona-Krise: Berlin. | 06 Die Linke Schleswig-Holstein fordert Kommunen finanziell krisensicher machen! Kiel. | 07 Mehrkosten erstatten und bei kommunalen Steuern helfen: Schwerin. | 08 200 Millionen Euro weniger durch sinkende Gewerbesteuererinnahmen! Bis zu 400 Millionen fehlen der Stadtkasse! Interfraktionelle Petition umsetzen! Hannover.. **Stichworte:** 2020• Berlin• Hannover• Hessen• Jäckel, Ulli• Karlsruhe• Pandemie• Potsdam• Schleswig-Holstein• Schwerin

Wolfgang Gehring, Rolf Gehring, PB03/2020, [S.16 Minister Heil](#)

wird beim Anspruch auf Homeoffice konkret – und stiftet Verwirrung Homeoffice, Telearbeit, Heimarbeit: Die Begrifflichkeiten • Arbeit im Homeoffice – Probleme bei der praktischen Umsetzung • Arbeitsorganisation und Kooperation • Tarifvertrag zum Mobilien Arbeiten – für die Beschäftigten der niedersächsischen Metallindustrie von 2018 **Stichworte:** 2020• Gehring, Rolf• Gehring, Wolfgang• IG Metall• Pandemie

Florian Vollert, PB03/2020, **S.17 Fleischwerke im Fokus** Schlechte Arbeitsbedingungen als Teil des Systems • Verbot von Werksverträgen und Leiharbeit **Stichworte:** 2020• Pandemie• Vollert, Florian

ArGe, PB03/2020, **S.25 ArGe-Sommerschule 2020 (13.8. bis 15.8.2020) muss ausfallen – Was geht trotzdem?** Telefon- oder Videokonferenz zur Besprechung der laufenden Projekte **Stichworte:** 2020• Pandemie• xxx-Mitteilungen

PB-Werkstattgespräch S.26-28, PB03/2020, **S.26 Brauchen wir eine Reservegesellschaft?** Corona-Krise: Eine nicht so neue Fragestellung wird akut -28.4.2020. Dr. Harald Pätzolt, Berlin harald.paetzolt@linksfraktion.de | Mehr Reserven für arbeitende Menschen! 12.5.2020, – Rüdiger Lötzer, Berlin, ruediger@loetzer.com | Die Kommunen brauchen Reserven – drückende Altschulden abbauen. 16.5.2020, Gabi Giesecke, Essen, g.giesecke@web.de | Personal und Naturreserven auf dem flachen Land? – 22.5.2020. Johannes Müllerschön, Offenau johmuellerschoen@nexgo.de | Reserve hat Ruh? 27.5.2020, Martin Fochler, München, fochlermuenchen@gmail.com | Recht auf Energie und Mobilität für Alle. 29.5.202, Manuela Kropp, manuela.kropp@rosalux.org | Wie können Zeit und Arbeit gerecht verteilt werden? 7.6.2020, Sabine Skubsch, Karlsruhe sabine.skubsch@viacanale.de | Arbeitszeitsouveränität zählt. 8.6.2020, bruno Rocker . Berlin info@b-rocker.de **Stichworte:** 2020• Fochler, Martin• Giesecke, Gabriele• Kropp, Manuela• Lötzer, Rüdiger• Müllerschön, Johannes• Pandemie• Pätzolt, Harald• Rocker, Bruno• Skubsch, Sabine

Politische Berichte Nr. 4/2020

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2020/pb20-04-i.pdf>

Martin Fochler, Alfred Küstler, PB04/2020, **S.03c Demokratie im Risiko** Covid-19 hat sich festgesetzt • Von Regeln und Entscheidungsgrundlagen • Die Gefahren der Ermächtigung und der Kult des Befürchtens • Stichwort „Verhältnismäßigkeit“ • Öffentliche Dienste in Quarantäne-Zeiten • Was kann die kritische Öffentlichkeit tun? • Pandemie bekämpfen – national oder international? **Stichworte:** 2020• Fochler, Martin• Küstler, Alfred• Pandemie

Claus Seitz, PB04/2020, **S.07 Spanien: „Niemanden zurücklassen“ – „Sozialer Schutzschild“ gegen die Folgen der Covid-19-Krise** Am 3. Juli hat Spanien als erstes der EU-Mitgliedsländer den Antrag auf 20 Milliarden Euro aus dem Programm SURE (Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in Ausnahmesituationen) gestellt. BIP im Vorjahresvergleich um 22,1 % eingestürzt. Tourismus macht der 12,3 % des spanischen BIP aus. **Stichworte:** 2020• Pandemie• Seitz, Claus• Spanien

Thorsten Jannoff-d, PB04/2020, **S.10a Tafeln erleben neue Form der Not** Pandemie stellt 60 000 Tafel-Aktiven vor große Herausforderungen • 80 von bundesweit 949 Tafeln sind noch geschlossen **Stichworte:** 2020• 6JNGOs-Stiftungen-Vereine-BRD• Deutschland• Jannoff, Thorsten• Pandemie

Florian Vollert, PB04/2020, **S.16 Fleischindustrie: Jetzt nachlegen!** Die aktuelle Situation – Ausbeutung als Standard – Eckpunkteprogramm des Hubertus Heil – DGB-Projekt „Faire Mobilität“ – Fleischlobby droht Abzug der Produktion aus Deutschland – Eckpunkte müssen ohne eine weitere Verwässerung zum Gesetz werden. **Stichworte:** 2020• Pandemie• Vollert, Florian• Werkverträge

Politische Berichte Nr. 5/2020

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2020/pb20-05-i.pdf>

Alfred Küstler, PB05/2020, **S.02 Konjunktur und Arbeitsmarkt – große Unsicherheit bei den Experten.** ifo Konjunkturprognose Herbst 2020 • Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktbericht September • Institut der Deutschen Wirtschaft (IW), Konjunkturprognose **Stichworte:** 2020• 2|QUELLEN Z• 8|WIRTSCHAFT BRD• Küstler, Alfred• Pandemie

Christoph Cornides, PB05/2020, **S.04 EU: Einigung über**

Corona-Hilfen und Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 – unterschiedliche Bedingungen der Umsetzung in den Mitgliedsländern Größtes Finanz- und Haushaltspaket in der Geschichte der EU • Paradigmenwechsel durch Umverteilung der Schulden • Bindung an Rechtsstaatlichkeit **Stichworte:** 2020• Cornides, Christoph• EU-Kommission• Europa-EU• Pandemie

Claus Seitz, PB05/2020, **S.04b Regierung stellt Plan zur Wiederbelebung der spanischen Wirtschaft vor** Info: Wofür will die spanische Regierung die Fondsmittel verwenden? **Stichworte:** 2020• Europa-EU• Pandemie• Seitz, Claus• Spanien

Paola Giaculli, PB05/2020, **S.06 Blick auf das Reallabor Italien – hart umkämpfte Nutzung der EU-Fonds** Krise der Fünf-Sterne • Umstrittene Großprojekte in Infrastrukturvorhaben • Lösungen für Tourismus **Stichworte:** 2020• Europa-EU• Giaculli, Paola• Italien• Pandemie

Matthias Paykowsky, PB05/2020, **S.07 Wie Frankreich die Krise bewältigen will** DOK: France Relance • Den ökologischen Wandel beschleunigen • Wirtschaft souveräner und wettbewerbsfähiger machen • Sozialer und territorialer Zusammenhalt im Dienste von Beschäftigung und Kompetenzen **Stichworte:** 2020• Europa• Europäische Kommission• Frankreich• Pandemie• Paykowsky, Matthias

Thorsten Jannoff-d, PB05/2020, **S.08 Pandemie-Gesetze und Verordnungen [DOK].** 01 Die Politik schafft sich ihre Gegner selbst – Bundesvorstand der Humanistischen Union: Wie verteidigen wir das Grundgesetz gegen seine Verteidiger? 02 Vier NGOs veröffentlichen Offenen Brief 03 Pandemie und Ungleichheit: Der Normalzustand ist das Problem 04 Wieviel Lohnausfall mussten die Beschäftigten hinnehmen? 05 Kommunen müssen trotz Corona handlungsfähig bleiben. **Stichworte:** 2020• Jannoff, Thorsten• Pandemie

Rolf Gehring, PB05/2020, **S.16 Covid-19-Pandemie: Arbeitsschutzaspekte** Untersuchung der Stiftung in Dublin • Corona in Arbeitsschutzrichtlinie aufgenommen • Informationen für die betrieblichen Akteure • Corona-Prävention im Betrieb – Handlungshilfe der IG Metall **Stichworte:** 2020• Europa-EU• Gehring, Rolf• IG BAU• IG Metall• Pandemie

Vereinsmitteilungen, PB05/2020, **S.26 Präsenz und Online – wie gehen unser Verein und Kooperationspartner mit der Situation um?** Terminlage Verein für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation und Linken-ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. **Stichworte:** 2020• Linken-ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung• Pandemie• Verein für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation

Martin Fochler, Alfred Küstler, PB05/2020, **S.27 Covid-19 als Herausforderung linker Politik** Begrenzte Regelverletzung als politische Strategie / Atemluft als geteiltes Gut • Wer bewertet das Covid-19 Risiko und auf welche Weise? • Die Ballung von Risiken und die Gefahr der moralischen Desintegration • Sekundäre Folgen: Vorzeichenwechsel von Freiheitsrechten zur Leistungsverpflichtung **Stichworte:** 2020• Fochler, Martin• Küstler, Alfred• Pandemie

Martin Fochler, Alfred Küstler, PB05/2020, **S.28 Dok: Erhöhte Sterblichkeit durch Covid-19-Erkrankungen** Pressemitteilung und die dazugehörige Grafik des Statistischen Bundesamts vom 2. Oktober 2020 • Vorsichtige Schlussfolgerung **Stichworte:** 2020• Fochler, Martin• Küstler, Alfred• Pandemie

Andreas Adrians, PB05/2020, **S.29 Einwurf: Wie gefährlich ist Covid-19 wirklich?** Staatstragende Medien verbreiten Angst und Schrecken • Virus ist vor allem für Alte und Kranke gefährlich • Maßnahmen in keinem Verhältnis zur Gefahr • Tiefer Eingriff in Privatsphäre • **Stichworte:** 2020• Adrians, Andreas• Pandemie

Politische Berichte Nr. 6/2020

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2020/pb20-06-i.pdf>

Die Linke, PB06/2020, **S.02a Linke: Für einen solidarischen Lockdown** Erklärung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie der Landes- und Fraktionsvorsitzenden aus den regierenden Bundesländern zur Ministerpräsidentenkonferenz am 13. Dezember 2020 (Auszüge) **Stichworte:** 2020• Die Linke• Pandemie

Verein Linke Kritik, PB06/2020, [S.03c](#) **Verein für Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Mitteilungen des Vorstand** Online-Tagung Samstag, 21.11.2020 • Herausgeberinnen und Herausgeber sowie Redakteurinnen und Redakteure stehen über Amtszeit hinaus zur Verfügung • Haushaltsmittel für PB und Beilagen gesichert • Jahrestagung 2021 voraussichtlich am Samstag, 20. März 2021 als Online-Tagung oder „hybrid“ **Stichworte:** 2020• Pandemie• Verein für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation

Linken ArGe, PB06/2020, [S.03d](#) **Linken Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung teilt mit** Winterschule fällt aus, Sommerschule ist ungewiss • Video/Audioberatung im Januar **Stichworte:** 2020• Linken-ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung• Pandemie

Rolf Gehring, PB06/2020, [S.17b](#) **Saisonbeschäftigung und Arbeitsmigration – DGB-Forderungen an die europäische Ebene** Projektnotizen Definition des «mobilen Arbeitnehmer» ist sperrig umfasst aber viele Beschäftigungs- und Ausbeutungsformen • Maßnahmenpaket für europäische Ebene gefordert • Prioritäre Punkte sind Unterkünfte, Sozialversicherungsschutz, Vermittlungsagenturen und unklare Arbeitsvertragsparteien **Stichworte:** 2020• DGB• EU-Parlament• Gehring, Rolf• Pandemie

Thilo Janssen, PB06/2020, [S.18](#) **Paradigmenwechsel – Neue Initiativen in der europäischen Sozialpolitik** Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) – Viel Aufhebens um Nichts? • Reform der Entsenderichtlinie Schritt in die richtige Richtung • EU-Mindeststandards für Elternurlaub und Verbesserungen für Vaterschafts- und Pflegeurlaub • Investitionspolitik in der Pandemiekrise • 2021 Aktionsprogramm zur Umsetzung der ESSR • EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne ist umstritten • Europäische Arbeitslosenrückversicherung in Diskussion • «Wiederaufbau» nach Pandemie Chance auf sozialere EU **Stichworte:** 2020• EU-Kommission• Janssen, Thilo• Pandemie

Rüdiger Lötzer, PB06/2020, [S.19](#) **Lücken bei Prekären und Wanderarbeit** Corona-Krise verstärkt Probleme des Niedriglohnssektors • Sieben Millionen Minijobber ohne Anspruch auf Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld • BRD hat ILO-Konvention für Standards bei Feldarbeit nicht ratifiziert • Neue Novelle des Entsendegesetzes gilt nicht für besonders ausgebeutete Beschäftigte im Speditionswesen • EUGH-Urteil sichert ALG II für «Ausländer» deren Kinder zur Schule gehen **Stichworte:** 2020• Leiharbeit• Lötzer, Rüdiger• Pandemie

Johannes Kakoures, PB06/2020, [S.26](#) **„In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod“ – und was macht der Rechtsstaat?** Zur Dogmatik der Grundrechte • Beschränkung der Beschränkung: Gesetzesvorbehalt • Die vielbeschworene Verhältnismäßigkeit • Corona-Maßnahmen • Der Schutz des Lebens steht nicht über allem – aber die Menschenwürde • Alles nur vorläufig? **Stichworte:** 2020• Kakoures, J. • Pandemie

Politische Berichte Nr. 1/2021

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2021/pb21-01-i.pdf>

Claus Seitz, PB01/2021, [S.05](#) **Spanien: Mit den Hilfen aus den EU-Fonds raus aus der Krise?** 1 Befürchtungen und Forderungen der Gewerkschaften, 2 Wahl in Katalonien: Sozialisten stärkste Partei, aber absolute Mehrheit für Pro-Unabhängigkeitsparteien. **Stichworte:** 2021• Katalonien• Pandemie• Seitz, Claus• Spanien

Christiane Schneider, PB01/2021, [S.07](#) **Die WHO nach dem Wiedereintritt der USA – Globaler Ansatz für die Pandemiebekämpfung erforderlich.** Die WHO muss Unabhängigkeit zurückgewinnen • Impfstoff als „globales öffentliches Gut“ **Stichworte:** Pandemie• Schneider, Christiane• USA• WHO

Thorsten Jannoff-d, PB01/2021, [S.08](#) **Aktionen – Initiativen, Thema: Impfung** • 01 Für eine transparente Forschung und Entwicklung sowie faire Verteilung von Covid-19-Arzneimitteln • 02 Corona-Schutzimpfung: Position des Sozialverbands VdK Deutschland e. V. • 03 Corona-Virus: Der Paritätische lehnt eine Impfpflicht ab • 04 SoVD zur Debatte um Corona-Lockerungen für geimpfte Menschen **Stichworte:** 2021• Jannoff, Thorsten• Pandemie

Ulli Jäckel-d, PB01/2021, [S.15](#) **Kommunale Politik – Thema: Sozial Wohnen** Sozialwohnungsquote: Dem OB fehlt das Rückgrat gegenüber der Immobilienlobby • Wohnungsneubau – Wo bleiben die Gemeindewohnungen? Dortmund • Mietsenkung statt Zahlungsaufschub – Soforthilfeprogramm für Mieter*innen starten! Offenbach • Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen: Frankfurt • München braucht mehr geförderten Wohnraum. München • Obdach- und Wohnungslose vor der Pandemie schützen. Hamburg **Stichworte:** Jäckel, Ulli• LaSi• Mieten• Pandemie

Rüdiger Lötzer, PB01/2021, [S.17a](#) **IG Metall: Tarifbewegungen in Corona-Zeiten** Auslaufen und Kündigung der Tarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie zum 31.12.2020 • Volumen der Forderungen der IGM bei 4 Prozent • In der Textil- und Bekleidungsindustrie stehen neue Tarifverträge an • IGM kündigt erste Warnstreiks an • Unverschämte Angebote der Arbeitgeber • Tarifverträge in der Eisen- und Stahlindustrie enden demnächst • Friedenspflicht für Haustarifvertrag bei Volkswagen AG Ende Januar ausgelaufen **Stichworte:** IG Metall• Lötzer, Rüdiger• Pandemie

Redaktion, PB01/2021, [S.25](#) **Hamburg: Abbruch eines G20-Prozesses wegen Corona.** Prozess gegen fünf mittlerweile Volljährige wegen Teilnahme an einer Demonstration im Zuge der G20-Proteste • „Die Angeklagten leben wie unter einem Damoklesschwert“ – Interview mit Kim König von der Roten Hilfe Hamburg **Stichworte:** Hamburg• Kirsche, Gaston• König, Kim• Pandemie

TERMIN, PB01/2021, [S.27a](#) **Sprockhöveler Treffen Emanzipatorische Arbeitspolitik** Termin: Samstag den 17. April wg. Pandemie als Online-Veranstaltung **Stichworte:** Gehring, Rolf• Pandemie

Redaktion, PB01/2021, [S.27b](#) **Jahrestagung / Mitgliederversammlung Verein für „Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ am 26./27. Juni 2021** Tagung in Mannheim zugleich in Präsenz und Online („hybrid“) • Tagesordnungsvorschlag für die Jahrestagung Redaktionelle Anmerkungen / Zuschriften **Stichworte:** Cornides, Christoph• Pandemie• Verein für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation• Wolf, Brigitte

Politische Berichte Nr.2/2021

<http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2021/pb21-02-i.pdf>

Vereinsvorstand, PB02/2021, [S.02](#) **Einladung zur Jahrestagung** 26./27. Juni 2021 in Mannheim zugleich in Präsenz und online (hybrid) **Stichworte:** Pandemie• Verein für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation

Achim Wahl, PB02/2021, [S.04b](#) **Die Pandemie in Brasilien und eine Entscheidung des Obersten Bundesgerichts.** Verschärfung der sozialen Lage • Die Prozesse gegen Ex-Präsident Inácio Lula da Silva • Eine Wende zeichnet sich ab • Zur Situation der brasilianischen Linken **Stichworte:** Brasilien• Pandemie• Wahl, Achim

Rolf Gehring, PB02/2021, [S.09](#) **EU-Sozialpolitik: Portugals Ratspräsidentschaft und die Säule sozialer Rechte.** Schwerpunkt im Bereich der Sozialpolitik, dem Arbeitsrecht • Gestaltungsfeld für soziale Anspruchs- und Forderungsbildung • Ziele: Höhere Beschäftigungsquote, mehr Weiterbildung, Senkung der Armut • Auszug aus Portugals Programm für die Ratspräsidentschaft **Stichworte:** EU-Kommission• Gehring, Rolf• Pandemie• Portugal

Rüdiger Lötzer, PB02/2021, [S.18b](#) **IG Metall: NRW-Tarifabschluss wird übernommen. Mehr Geld und kürzere Arbeitszeit.** Hohe Teilnahme an Warnstreiks • 500 Euro „Corona-Prämie“ • „Transformationsgeld“ von 2,3% • Tarifverträge auch für dual Studierende **Stichworte:** IG Metall• Lötzer, Rüdiger• Pandemie

Jürgen Fischer, PB02/2021, [S.23](#) **Corona-Demos in München: Die Polizei sieht weitgehend tatenlos zu, die Stadtspitze duckt sich weg.** Drei zeitversetzte Demonstrationen von Querdenkern • Keine Einhaltung der Auflagen • Keine politische und inhaltliche Bewertung durch Rathaus-Koalition aus Grünen und SPD **Stichworte:** Fischer, Jürgen• München• Pandemie

18.4.2021 Einstimmige Vorstandsbeschlüsse zur Implementierung von bisher an den GNN-Verlag ausgelagerten Aufgaben in den Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation – Auflösung des GNN-Verlages und zur Fortführung der Politischen Berichte

1. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Auflösung des GNN-Verlages werden vom Vorstand zur Kenntnis genommen.
2. Die Maßnahmen zur Auflösung des GNN-Verlages werden gebilligt.
3. Der Vorstand ist grundsätzlich damit einverstanden, dass der Verein als Verlag die Politischen Berichte übernimmt.
4. Alfred, Jörg und Rüdiger werden mit den besprochenen Maßnahmen zur Restumsetzung beauftragt.
5. Der Verein tritt in die Forderungen und Verbindlichkeiten des Verlages ein, dafür wird das Restvermögen an den Verein übertragen

Fortführung Politische Berichte, Herausgeberschaft, Redaktion

- Die Politischen Berichte werden im vorliegenden Format fortgeführt.
- Die am Zustandekommen der Politischen Berichte Beteiligten, mit denen Martin per Telefon gesprochen hat, sind bereit, bis zur einer ordentlichen Mitgliederversammlung die Zeitschrift im bestehenden Konzept fortzuführen (32 Seiten, 6 mal im Jahr mit der Möglichkeit zu Beilagen). Die Ressourcen stehen zur Verfügung.

Bericht für Vorstandssitzung: Fortgang Schließung GNN-Verlag; Übernahme des Verlags der „Politischen Berichte“ durch den Verein, Wechsel der Verantwortlichkeit für die Vereinsfinanzen

1. Die treuhänderisch für den Verein beauftragten Gesellschafter des GNN-Verlages haben am 31. März formlos die Auflösung der Gesellschaft zum 31.8.2021 beschlossen und Alfred Küstler als Liquidator bestellt (Danke an Jörg für die Organisation des Beschlusses). Von einem Stuttgarter Notar wird das im Laufe des Mai [aktualisiert: Ende Juni] beim Registergericht eingereicht werden, nach Veröffentlichung des Gläubigeraufrufs im Bundesanzeiger kann dann die Gesellschaft voraussichtlich im nächsten Jahr zum 31.8.2022 endgültig im Handelsregister gelöscht werden. Da die Gesellschaft vermögenslos gestellt wird, kommen auf die Gesellschafter bzw. den treuhandgebenden Verein keine weiteren Verpflichtungen (Steuer etc.) zu. Der Verein übernimmt, wie bereits auf der letzten Vorstandssitzung besprochen, das Vermögen der GNN und tritt in die Verbindlichkeiten und Forderungen des GNN-Verlages ein.

2. Die Übernahme der Zeitschrift Politische Berichte durch den Verein sollte nach der Ausgabe Nr. 3 erfolgen, also zum 1. Juli, vorausgesetzt die Jahresversammlung fasst einen positiven Beschluss. Zu diesem Zeitpunkt würde dann auch die beiden Beschäftigungsverhältnisse bei GNN enden und entsprechende

Honorarverträge zwischen dem Verein und den beiden Redakteuren abgeschlossen. Die bereits bestehenden Honorarverträge mit weiteren Redakteuren werden fortgesetzt.

3. Mein Vorschlag ist, dass zu diesem Zeitpunkt die Verantwortlichkeit für die Kasse des Vereins wechselt, d.h. ich werde auf der Jahresversammlung für die Vorstandsposition Kassierer kandidieren. Für die Vereinsverwaltung habe ich in Abstimmung mit Rüdiger ein Programm zur Mitgliederverwaltung und Vereinsbuchhaltung angeschafft.

Das Programm erlaubt auch die Verwaltung der Abonnenten der Politischen Berichte sowie der Bezieher der Internetausgabe der Politischen Berichte. Inzwischen sind die Mitgliederdaten und Abonnentendaten eingepflegt (die Bezieher der Internetausgabe folgen noch). Danach haben wir 64 Mitglieder (kann sich noch leicht erhöhen, da einige vermutlich sich als Mitglied rechnen, aber bislang keinen Beitrag zahlen). Die Daten wären in Absprache mit den Vorstandsmitgliedern zu ergänzen (fehlende Mitglieder, fehlende Email-Adressen), damit Einladungen gezielt zugestellt werden können.

Berichterstattung: ALFRED KÜSTLER, 16.4.2021

Bericht für Vorstandssitzung 18.4.2021 zur Implementierung von bisher an den GNN-Verlag ausgelagerten Aufgaben in den Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Die Implementierung von Aufgaben, die bislang im Auftrag des Vereins von einer treuhänderisch verwalteten wirtschaftenden Einheit wahrgenommen wurden, in die Vereinsstruktur macht es sinnvoll, eine Liste von Leistungen und Leistungsangeboten zu erstellen, die vom Verein erbracht werden. Die Richtung dieser Angebote ist durch den Namen und Satzung des Vereins treffend beschrieben. Eine wichtige Veränderung aber ist durch

Liste der Leistungen

1. Informationssystem

- 1.1. Mitglieder: Führung der Mitgliedsliste. Welche Daten werden erhoben? Adresse, Bankverbindung, E-Mail, Beitragszahlung, eventuell Bankverbindung, eventuell Funktion im Verein
- 1.2. Bezieher Politische Berichte – Abonnenten. Anschrift, eventuell Bankverbindung, E-Mail
- 1.3. Bezieher von (kostenfreien) Ankündigungen (IT-Ausgabe): E-Mail

2. Institutionen, Kooperationspartner

- 2.1. ArGe (Zugang zu den PB, sowie ArGe-Ankündigungen, Sprecherin, Sprecher)
- 2.2. AK Kalenderblatt (Zugang zu den PB, lose Kooperation per

die Einschränkungen von Reisen und Veranstaltungen entstanden. Bislang hat der Verein nach dem Muster der Vollversammlungsdemokratie funktioniert. Im Prinzip konnte jedes Problem per Anrufung der Mitgliederversammlung behandelt werden. Das war im letzten Jahr schon nicht mehr möglich. Das muss bei uns, wie überall sonst, durch formalisierte Verwaltungsleistungen gekontert werden.

Beauftragte/Benannte)

- 2.4. RLS. Werbung, Angebot von Beilagen auf Anfrage, Veranstaltungsprojekte.
- 2.3. flink-m München (Hosting auf unserer Webseite)

3. Spezifische Leistungen durch Gremien des Vereins

- 3.1. Organisation von Tagungen (im Auftrag des Vorstands)
- 3.2. Zusammenführung der Beiträge für die PB in einer Druckvorlage, dazu IT-Organisationsmittel Projekteliste / Projektkonferenz.
- 3.3. Abo-Verwaltung und Auftragsabwicklung
- 3.4. Bereitstellung einer IT-Ausgabe (archiviertes PDF und Nur-Text-Fassung der PB), E-Mail-Versand.

3.5. Archivangebot, PDF-Archiv mit der Möglichkeit von Katalogisierung

3.6. Entwicklung von Verfahren für Themen-Gruppen (teils innerhalb der PB-Redaktion, teils aber auch themenorientiert.). Dieses Leistungsangebot stützt die Entwicklung im Bereich „linke Kritik“. Teils durch systematische Beobachtung, teils durch eigene Leistungen.

Publikationsstrategie

Mit Blick auf den Sektor politische Bildung entsteht die Frage der Publikationsstrategie, d.h. der Beziehung zur Öffentlichkeit. Der Kommunikationstyp ist die Präsentation von Argumenten (die Verfahren zwecks Erarbeitung sind oben genannt).

Hauptmittel der Präsentation bleibt die Drucksache, die vertieftes Lesen begünstigt. Eine Zwischenform ist das IT-gängige PDF, das die Druckform aufnimmt.

Ein Werbeangebot ist ein auf Smartphones und Tablets lesbares Format, hier versucht sich alle Welt und so auch wir.

In konzentrischen Kreisen betrachtet erreichen wir Personen: – die bereit sind, unsere Arbeiten zur Kenntnis zu nehmen (IT-

Mailing-Liste) – die sich vertieft mit diesen Argumenten beschäftigen wollen (Print-Ausgabe, Abo)

– die an der Ausarbeitung / Präsentation von Argumenten mitwirken wollen (erweiterte Projektliste) – die sich zur redaktionellen Betreuung von Autorinnen und Autoren wählen lassen.

Die Einwerbung von Beiträgen, das Angebot einer niedrigschwelligen Information und – eventuell – Sendung an z.B. rls-Büros / Abteilungen / Archive gehört zu den Aufgaben der politischen Bildung.

Was aber direkt geregelt werden muss ist, welche Arbeiten nach Art einer Leistungsverwaltung durch den Verein arbeits- bzw. werkvertraglich geregelt werden müssen.

- Mitglieder und Finanzen (Adresspflege, Beiträge, Zahlungsverkehr, Buchhaltung und Steuererklärungen),
- Veranstaltungen und Arbeitsprojekte (z.B. Mittlerer Osten).
- Zeitschrift (Abonnentenverwaltung, Herstellung von Druckvorlagen, IT-Ausgabe, Pflege des Archivs).

Berichterstattung: MARTIN FOCHLER

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation – Haushaltsbericht für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2020 und Haushaltsplan für 2021 (alle Angaben in Euro)

| | Ist 2019 | Ist 31.12.20 | Plan 2020 | Plan 2021 |
|------------------------------|-------------------|------------------|------------------|-------------------|
| Beiträge | 26.400,56 | 25.517,96 | 26.204,00 | 26.000,00 |
| Ausgaben | | | | |
| Politische Berichte | 20.924,73 | 19.694,79 | 18.240,00 | 20.000,00 |
| Beilagen Politische Berichte | | | | 1.500,00 |
| Aufwandentschädigungen | 260,00 | 280,00 | 260,00 | 280,00 |
| Reise- Raumkosten Vorstand | 1.103,40 | 741,70 | 1.700,00 | 800,00 |
| Reise- und Raumkosten Verein | 4.620,00 | 392,00 | 4.900,00 | 4.900,00 |
| Kosten Geldverkehr | 208,76 | 217,60 | 204,00 | 220,00 |
| Porto, Ergebnisheft | 867,31 | 327,98 | 900,00 | 900,00 |
| Gesamte Ausgaben | 27.984,20 | 21.654,07 | 26.204,00 | 28.600,00 |
| SALDO | ./1.583,64 | 3.863,89 | +/- 0,00 | ./2.600,00 |
| Kassenbestand per 31.12.20 | 2.487,27 Euro | | | |
| Kontobestand per 31.12.20 | 10.089,69 Euro | | | |

Zur Erläuterung:

Die Kosten der Jahrestagung sind in 2020 fast komplett weggefallen (bis auf einen geringen Teil der Vorauszahlung an die JGH Mannheim, der nicht erstattet wurde) und die Kosten des Ergebnisheftes für die Jahrestagung ebenso. Ebenso weitgehend entfallen sind die Raum- und Reisekosten des Vorstands.

Zum Haushaltsplan 2021:

Im kommenden Jahr ist ein zusätzlicher Ansatz „Beilagen“ eingefügt, um Beilagen zu den Politischen Berichten und/oder Broschüren finanzieren zu können, die derzeit noch im Planungsstadium sind. Bei den Raum- und Reisekosten des Vorstands ist davon ausgegangen, dass die Vorbereitungssitzung für die Jahrestagung auf jeden Fall als Videoschaltung stattfindet, so dass mindestens eine Vorstandssitzung bei den Kosten entfällt. Da die Pandemielage im Frühjahr 2021 im Augenblick nicht sicher vorhersehbar ist, sind für die Jahrestagung des Vereins vorläufig die gleichen Kosten wie im Haushaltsplan für das Vorjahr 2020 eingeplant.

Hinzu kommt in diesem und evtl. auch partiell noch im nächsten Jahr ein offener Posten Einnahmen und Ausgaben für die Auflösung des GNN-Verlags in Köln. Diese ist eingeleitet, muss aber noch vollstreckt werden, inkl. Liquidationskosten, Übertragung von Geld und anderen Vermögensteilen des liquidierten Verlags auf den Verein. Da diese weder im Betrag aktuell bereits genau zu beziffern sind, noch klar ist, was davon in 2021 und was evtl. erst in 2022 auf den Verein übertragen werden kann, sind diese Positionen hier im Haushaltsplan nicht aufgenommen, sollen aber an dieser Stelle ausdrücklich schon erwähnt werden.

Berlin, den 26. Januar 2021, R.L.

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation – Bericht über die Kassenprüfung für das Jahr 2020

1. Die Kassenprüfung wurde von den gewählten Kassenprüfern Harald Gindra und Bruno Rocker am 24. April 2021 in Berlin durchgeführt.

2. Die Belege der Ein- und Ausgaben vom 1.1.2020 bis 31.12.2020 inklusive Eingangsrechnungen, die entsprechenden Bank-Kontoauszüge sowie die Barkasse lagen zur Prüfung vor. Die Belege und Buchungen wurden stichprobenartig überprüft. Der Kassenbestand stimmte mit dem Buchbestand überein.

3. Das Vermögen bei Eröffnung am 1.1.2020 betrug 8.713,07 €. Am 31.12.2020 betrug der Kassenbestand 2.487,27 € und der Kontobestand 10.089,69 €. Das Berichtsjahr schloss – auch

durch coronabedingte Minderausgaben – mit einem positiven Saldo in Höhe von 3.863,89 € ab. Somit erhöhte sich das Vereinsvermögen zum 31.12.2020 auf 12.576,96 €.

4. Die Kassenprüfer stellten fest, dass ihre Empfehlung aus dem letzten Bericht, zur leichteren Übersicht und Kontrolle zukünftig Kassenbelege mit den vom System zugewiesenen Belegnummern zu versehen, nicht aufgegriffen wurde. Sonst gab es keine Beanstandungen und wir beantragen die Entlastung des Vorstands.

Berlin, 25.04.2021

HARALD GINDRA / BRUNO ROCKER

Sachstandsbericht: Projekt „Duales System der beruflichen Bildung“ – Rechercheprojekt {Berufliche Bildung}

Duales System der beruflichen Bildung:

Das Projekt von Verein und ArGe befasst sich seit 2018 mit der Frage, ob es sich hierbei um ein Erfolgsmodell oder ein System in der Krise handelt. Der gesamte Sektor der beruflichen Bildung wird häufig geringgeschätzt, hat aber schon vom Umfang her eine größere Bedeutung als die akademische Bildung an Hochschulen und sorgt für die Grundlegung von Beruflichkeit und Facharbeit im Beschäftigungssystem der Bundesrepublik.

Eine Gliederung des Projekts befindet sich u.a. in „Ergebnisse und Materialien“ des Vereins (Nr. 13/2019, S. 14). Bisher sind fünf Beiträge veröffentlicht: Zeitgleich mit diesem Heft erscheint in den Tagungsberichten der AG emanzipatorische Arbeitspolitik ein Artikel über „Beruflichkeit und Facharbeit in der Krise?“. 2019 erschien in diesem Tagungsbericht ein Beitrag mit dem Titel „Entstehung und Entwicklung des Berufsbildungsgesetzes“ und 2020 die Artikel „Qualität rechnet sich“ (Thema: Kosten und Erträge der betrieblichen Ausbildung) und „Retten Ausbildungsplatzumlage oder Ausbildungsprämie das Duale System der Berufsbildung?“. 2019 erschien in den Mitteilungen Nr. 22 der ArGe ein Beitrag über die Entstehung des

dualen Systems der Berufsbildung in Deutschland.

Mit diesen Beiträgen sind Rahmen und Grundlagen des Themas meiner Ansicht nach zu großen Teilen abgesteckt. Die weitere Beschäftigung mit dem Dualen System der beruflichen Bildung könnte sich jetzt der aktuellen Situation und der Entwicklung der letzten Zeit zuwenden (s. Gliederung).

Rechercheprojekt {Berufliche Bildung}:

Seit den achtziger Jahren spiegeln die Politischen Berichte einen Teil der Auseinandersetzung um die berufliche Bildung. Bezugspunkte dabei sind die vorangehende Lehrlingsbewegung und das seit 1969 entwickelte System der beruflichen Bildung. Die Untersuchung erstreckt sich bisher auf die ersten 15 Jahre und zeigt, dass die Befassung mit dem Thema gegen Ende der 80er Jahre abnahm und sich zum großen Teil auf eher seltene Meldungen verlagerte. (Krisenhafte) Entwicklungen des Systems der beruflichen Bildung gerieten zunehmend aus dem Blick und wurden kaum bearbeitet. Eine angemessene Strategie dazu ist zu diskutieren.

Bericht: JOHANN WITTE, Bremen

Einige Gesichtspunkte zur Entwicklung der politischen Positionen in den „Politischen Berichten“ 1980 bis 1989 anhand des Rechercheprojekts {Mittlerer Osten}

Der Bericht von Ulli Jäckel ist auch Thema des in Kooperation mit der ArGe „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung“ gestalteten Tagungsteils am 27.6.20121 (siehe auch Inhaltsver-

zeichnis). Er wird in dem mit diesem Heft der „Ergebnisse und Materialien“ gleichzeitig erscheinenden ArGe-Rundschreiben Nr. 25 publiziert.

Projekt Religionsfreiheit und linke Politik: Broschüren und Artikel zum Umgang mit Religion und Kirche

In den Jahren 2016 und 2018 haben wir – eine Broschüre unter dem Titel „von der Kirche zum Kommunismus“ (Edda Lechner) und eine zum Thema „Religionsfreiheit und linke Politik“ (Helmut Lechner) herausgebracht. Drei Auflagen konnten wir unter die Leute bringen und sie ist allgemein gut aufgenommen worden, natürlich auch kritischen Kommentaren. Die Evangelisch-Lutherische Nord-Kirche bat uns daraufhin zu zwei Vorträgen im Rahmen der Themenreihe „Neue Anfänge nach 1945?“ in Norderstedt und „Dorothee Sölle: Zivil und ungehorsam“ in Hamburg. Gleichzeitig wurden die dazugehörigen Texte und Fotos auf der Internetseite der Nordkirche veröffentlicht. Dank unserer langjährigen Kontakte mit KollegInnen der „Rotfuchs“-Redaktion wurde eine verkürzte Form in den Sammelband „DDR unvergessen“ (GNN-Verlag, Schkeuditz) übernommen. Es ging uns darum, der ständigen Kritik an den angeblich ehemals starken Repressionen gegenüber der Kirche in der DDR die weniger bekannte parallele Erscheinung aus dem Bereich der Evangelisch-Lutherischen Kirchenhierarchie und des bundesrepublikanischen Staates mit seinem Berufsverbot im Westen aufzuzeigen. Auch dazu haben wir einige Vorträge halten können.

In der Broschüre „Religionsfreiheit und linke Politik“ wird die Position herausgearbeitet, dass Religion eben nicht nur Privatsache ist, sondern sich als gesellschaftliches Phänomen „gesellig“ formiert und im öffentlichen Raum daher sehr wohl berechtigterweise eine Stimme unter anderen ist. Es ist sehr wichtig, das Thema dieser Broschüre weiterhin zu aktualisieren, um es der laufenden politischen Debatte, insbesondere mit laizistischen Strömungen in der Linken gegenüberzustellen. Da Religion eben nur „Privatsache“ sei.

Zur „Körperschaft des öffentlichen Rechts“

Die oben genannte Broschüre „Religionsfreiheit und linke Politik“ – letztere wurde sogar von vom Bundesverfassungsgericht angefordert – und unser beider Mitarbeit im Gesprächskreis der „Rosa Luxemburg Stiftung“ (RLS) in Berlin bei der Arbeitsgemeinschaft „Weltanschaulicher Dialog“ haben dazu geführt, dass ich – Helmut Lechner – für das Buch „Die Linke und die Religion“, herausgegeben von der RLS, zwei literarische Beiträge

leisten konnte: „Religion ist nicht nur Privatsache“ und „Anerkennung des Islam als ‚Körperschaft des öffentlichen Rechts‘“. Dies hat bewirkt, dass Forderungen wie „Wir treten für die Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen mit den christlichen Kirchen ein.“ und: „Die Linke tritt für die rechtliche Gleichstellung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein“ in den Programmentwurf für die Bundestagswahlen 2021 der Linken Eingang gefunden haben. Die religionspolitische Sprecherin in der Fraktion der Linken im Bundestag, Christine Buchholz, die auch im Gesprächskreis mitarbeitet, hat diese Gedanken und Argumentationen aufgegriffen.

Eine Folge dieser Untersuchungen sollte sein, dass allen in der BRD vertretenen nicht-christlichen und dabei insbesondere den Islamischen Gemeinden, zügig der Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechtes“ (KdöR) zugestanden wird. Zukünftig muss es um die soziale und politische Gleichbehandlung des Islam mit anderen Religionsgemeinschaften – besonders den bisher privilegierten evangelischen und katholischen – gehen. Wobei Voraussetzung ist, dass laut Grundgesetz „Jede Religionsgemeinschaft ihre Angelegenheiten selbständig regelt“ und dabei eine gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen Leben hat. Dazu gehören die Fragen des Religionsunterrichtes, der – über den Staat oder die Religionsgemeinschaft vollzogenen Kirchensteuererhebung, der Einrichtung eigener sozialer Institutionen, der Möglichkeit zum Bau ihrer Religionsstätten (z.B. Moscheen) und der kulturellen Eigenständigkeit von Beerdigungsriten. Wir pflegen besonders enge Kontakte zu der muslimischen Gemeinde der Schura in Hamburg, die an einer Anerkennung als KdöR interessiert ist. An ihren Veranstaltungen konnten wir wiederholt teilnehmen. Auch mit der Organisation der „Ahmadiyya Muslim Jamaat“ aus Frankfurt haben wir eine Beziehung aufgebaut. Wir konnten sie für einen Vortrag mit Diskussion im „Weltanschaulichen Dialog“ gewinnen, wo sie ihre religiöse Gemeinschaft vorstellten und ihr Projekt eines religiösen Sozialwerkes präsentierten. Leider gelang es uns trotz einiger Anstrengungen nicht, die Aleviten für ein Interview für die Politischen Berichte über ihren neugewonnenen Status als Körperschaft des öffentlichen Rechtes in NRW zu gewinnen.

Papst gegen monochromatische Wirtschaft

An der Buchserie „transform!europa“ (auf Englisch), die von dem Zusammenschluss Linker Parteien in der EU herausgegeben wird, habe ich – Helmut Lechner – an der aktuellen Ausgabe 2021 „Capitalism’s Deadly Threat“ ebenfalls mitarbeiten können. Es ging in meinem Artikel „To Differ and Learn From Each Other – A Marxist Voice on the Social Ecyclical ‚Fratelli tutti‘“ um die Bedeutung der Päpstlichen Enzyklika „Fratelli Tutti“ von 2020 und ihre bestärkende Funktion für religiöse, aber auch säkulare politisch tätige Gruppen. Ich konnte – auch bei einem Online-Seminar von Transform – darstellen, wie für alle in emanzipatorischer Richtung tätigen Menschen aber auch Marxisten diese Erklärungen des Papstes gut „anschlussfähig“ sind. (Vgl. auch den Artikel in den „Politischen Berichten“ 6/2020).

So äußert sich der Papst, wie es so noch nicht aus der Hierarchie der Kirche zu hören war: „In einigen kleinkarierten und monochromatischen Wirtschaftstheorien scheinen zum Beispiel die Volksbewegungen keinen Platz zu finden, welche Arbeitslose, Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen und viele andere, die nicht einfach in die vorgegebenen Kanäle passen, versammeln ... Es ist notwendig, die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Partizipation in einer Weise zu konzipieren, die die Volksbewegungen miteinschließen und die lokalen, nationalen und internationalen Regierungsstrukturen mit jenem Strom moralischer Energie beleben, der der Miteinbeziehung der Ausgeschlossenen in den Aufbau unseres gemeinsamen Schicksals entspringt“.

Auseinandersetzung mit dem Thema Atheismus

Es bedarf einer grundlegenden Klärung zu Vorstellung und Begriff des „Atheismus“ in der marxistischen Theorie. Für Engels, Lenin und in deren Gefolge für die KPdSU/B und SED war „Atheismus“ elementarer Bestandteil einer „kommunistischen“ Weltanschauung. 2020 haben wir Kontakt mit den katholischen Ordensleuten der „Fokolaren“ aufgenommen und durften bei ihren „Zwochauer Gesprächen“ einen Vortrag zu dem Thema „Sozialistische und christliche Annäherung für ein gelingendes Leben“ halten. Es ging den Fokolaren um den Stellenwert des „Atheismus“ als wesentlichem Bestandteil des Marxismus. Wir finden es wichtig, neben den strukturellen, sozialen und politischen Gemeinsamkeiten religiöser und säkularer Institutionen, auch die Frage nach dem Atheismus zu behandeln, weil diese Frage, wenn sie ungeklärt bleibt, immer unterschwellig Hemmnisse aufbaut.

In der Haltung der großen Kirchen zur „sozialen Frage“ liegt einer der wichtigen Gründe, warum im 19. Jahrhundert der Atheismus in allen seinen ideengeschichtlichen Spielarten auf der politischen und philosophischen Tagesordnung steht. Es ist

nicht der Marxismus oder Kommunismus, der die philosophische Debatte um die Gottesfrage beginnt. Es ist die bürgerliche Klasse, für die der Atheismus zur kämpferisch vorgetragenen Theorie wird. Kritik der Religion besteht für Marx nicht in ihrer bloßen Ablehnung, die religiöse Menschen eben nur für etwas mehr oder weniger geistig „unterbelichtet“ hält. Religionskritik ist von jetzt an die praktische Kritik der bestehenden Gesellschaft. Damit verändert sich auch der Sinn des Atheismus. Er ist kein theologisches Problem mehr als Kampf gegen falsche oder richtige Götter, er wird zum Kampf gegen die Verhältnisse der kapitalistischen Welt.

Das Buch „Jesus – Marx – und ich“

Edda hat auf Grundlage ihrer Broschüre 2018/19 ihr Buch „Jesus – Marx – und ich – Wege im Wandel – Eine Achtundsechzigerin in der Kirche“ geschrieben und Anfang 2020 im LIT-Verlag herausgegeben. Dieses Buch soll die Bedeutung der 68er-Bewegung in der BRD für eine linke und emanzipatorische berufliche Praxis als Pastorin in der Lutherischen Kirche herausarbeiten. Diese Bewegung hat bis heute nachwirkende Veränderungen in der kirchlichen Praxis der Pädagogik und einer sozial neu verstandenen Gemeindearbeit bewirkt. Aufgezeigt wird außerdem, was der Bruch „von der antiautoritären zur proletarischen Erziehung“ für die damalige Kirche bedeutete. So bewirkten z.B. der politische Gottesdienst und das aktive Handeln einer Gemeinde in Hamburg-Bramfeld durch ihren Protest gegen den Krieg in Vietnam und die Apartheid in Süd-Afrika, dass Christen in ganz neuer Weise in dieser Welt ihrer biblischen Aufgabe „gerecht“ wurden. Ebenso aufschlussreich wird die Frage einer möglichen „Zusammenarbeit mit Kommunisten“ behandelt, die damals in der Zeit des Kalten Krieges unter der Drohung staatlicher und kirchlicher „Berufsverbote“ stand.

Vom „Neuen Deutschland“ über die „Evangelischen Zeitung“ bis hin zur kirchlichen „Hard-Core“-Presse „Zeitzeichen, den evangelischen Kommentaren zu Religion und Gesellschaft“ wurde das Buch in 23 Rezensionen positiv behandelt. Auch die „Politischen Berichte“ haben das Buch empfohlen. Da wir das Buch auch persönlich verkaufen, können wir über die offiziellen kirchlichen und politischen Kreise hinaus auch großes Interesse bei persönlichen FreundInnen und GenossInnen wahrnehmen. Corona-bedingt gab es bislang nur drei öffentliche Lesungen, weitere sind geplant und angefragt.

Pläne für die weitere Tätigkeit

Wir planen, dass die von uns in den Jahren unserer publizistischen Tätigkeit bei den „Politischen Berichten“ verfassten Artikel systematisch aufgearbeitet und in Form einer neuen Broschüre veröffentlicht werden.

Bericht: EDDA LECHNER, HELMUT LECHNER

Projektbericht: Wegemarken der Emanzipation

Beim Start unseres Projektes Wegemarken der Emanzipation waren wir, kurz gesagt, davon ausgegangen, dass emanzipatorische Bewegungen auf unterschiedlichen Ebenen entstehen können (lokal, im Rahmen von Nationalstaaten oder auch international – europäisch). Wir waren weiter davon ausgegangen, dass diese Verschiedenheiten in weiten Teilen des linken Geschichtsverständnisses außer Acht gelassen oder auch missachtet wurden. Dem entsprach historisch nicht nur der Wunsch nach einer Art Vereinheitlichung der Bewegungen, sondern auch allerlei Versuche, diese Vereinheitlichung teils mit allen Mitteln und ungeachtet konkreter Umstände herzustellen oder notfalls auch durchzusetzen. Begleiterscheinung war ebenfalls das Unverständnis der Verschiedenartigkeit von Entwicklungswegen oder Positionen. Wer den geschichtlichen Verlauf als zwar dialektische, aber zielgerichtete, so genannte objektive Bewegung betrachtet (Schlagworte wie Entfaltung der Produktivkräfte und gesellschaftliche Widersprüche), steht in der Gefahr, auch seine Wahrnehmung dieser Prämissen unterzuordnen und in der Folge blind gegenüber der Vielfaltigkeit emanzipatorischer Bestrebun-

gen zu werden. Als Beispiel mögen die wirklich großen Schwierigkeiten in der linken Fraktion im Europäischen Parlament dienen, sich zu verständigen und gemeinsame Positionen zu formulieren. Unser Projekt Wegemarken der Emanzipation verfolgt das Ziel, in Ansätzen den Reichtum der emanzipatorischen Bewegungen darzustellen und dadurch die Sichtweise auf die Geschichte und die gegenwärtige Situation so zu erweitern, dass Handlungsoptionen weit über eine eng begrenzte als links verstandene, aber in der Konsequenz starre und einflusslose Politik erkannt werden können.

Entsprechend wurde als gewissermaßen didaktisches Konzept für die Kalenderblätter die Befassung mit einem Thema folgender Art gewählt:

- dass Interesse geweckt werden und nicht ein Urteil abgeliefert werden soll;
- dass die emanzipatorische Bewegung in ihren je spezifischen Zusammenhängen (Länder, soziale Schichten, historische Situation ...) gestellt wird;
- dass möglichst verschiedene Zugänge dargestellt werden, neben der

► Zeitgeschichte, auch literarische Dokumente, technische Neuerungen, neu entstandene Institutionen, andere kulturelle Ausdrucksformen oder auch Biographien;

- dass die dadurch neu entstandenen und zur Normativität gewordenen gesellschaftlichen Praktiken sichtbar werden.

Seit Juni 2016 veröffentlichen wir nun in den Politischen Berichten in jeder Ausgabe ein „Kalenderblatt – Wegemarken der sozialen Emanzipation“. Die thematische Bandbreite deckt sicher nicht alle Bereiche ab, in denen sich emanzipatorische Bewegungen entwickelt haben, sind jedoch recht breit angelegt.

Bekanntermaßen hat sich die Möglichkeit ergeben, im Rahmen der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter ein gefördertes Projekt umzusetzen, das einem ähnlichen Ansatz gefolgt ist, mit einem Schwerpunkt auf die sozialen Fragestellungen und auf gewerkschaftliche Kämpfe. Die daraus entstandene Broschüre wurde in acht Sprachen gedruckt. Zur Illustration der Diskussionen, die in dem EFBH-Projekt geführt wurden drucken wir hier noch einmal Auszüge aus dem Vorwort der Broschüre, das von der Lenkungsgruppe des Projektes verfasst wurde:

„Vorwort: Die vielen Wege des sozialen Fortschritts.“

Als Gewerkschaften haben wir es in Europa mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Ausprägungen der industriellen Arbeitsbeziehungen, der Tarifvertragssysteme, der Formen und der Praxis der Arbeitnehmerbeteiligung, der Berufsbildungssysteme und vielen anderen Momenten des praktischen Arbeitslebens und des Lebens insgesamt zu tun. Die Erfahrungen mit dieser Vielfalt teilen wir mit vielen anderen Menschen und auch mit anderen Organisationen und Institutionen.

Diese vielgestaltigen Unterschiede haben stark mit den regionalen und historischen Bedingungen zu tun, unter denen die jeweiligen Einrichtungen, Institutionen und die geübten Praktiken entstanden sind und damit, auf welcher früheren Grundlage sie hervorgegangen sind. Und ihre jeweilige Ausgestaltung hat wiederum Einfluss auf ihre weitere Entwicklung im Zeitverlauf. Das heißt aber auch, dass die jeweiligen Funktionsweisen von Einrichtungen, die vielleicht den gleichen Namen haben, dennoch nicht einfach zu vergleichen sind. Für das gesamte soziale Leben ist hierfür der positive gemeinte Begriff der kulturellen Vielfalt gefunden worden. Darin steckt die Idee, den jeweils anderen und seine kulturellen Praktiken als Bereicherung auch für das eigene Leben zu sehen, während unsere eigenen Gepflogenheiten durchaus auch für das Leben anderer eine Vorbildfunktion haben können. Praktische Probleme tauchen aber sofort auf, wenn es ans Handeln, an die gemeinsame Gestaltung der Zukunft geht. Wie funktioniert denn nun eine Einrichtung gleichen Namens in dem anderen Land? Verstehen wir den jeweils anderen wirklich? Was bedeuten die Begrifflichkeiten, Forderungen, Überlegungen und Bedenken unserer Gesprächspartner? Wie würde sich eine Maßnahme auf die einzelnen Systeme auswirken, die wir bezüglich der Arbeitsbeziehungen, der Arbeitnehmervertretung oder der sozialen Sicherungssysteme formulieren?

- Die allgemeine „*conditio humana*“ und das Zusammenleben der Menschen hat historisch den Weg zur Idee der universellen Menschenrechte geebnet. Diese Idee begründete den Maßstab für die eigenverantwortliche Gestaltung unseres eigenen Lebens.

- Heute führen Arbeit, technische Entwicklung, Erwerbstätigkeit und die globale Arbeitsteilung zu allgemeinen Bedingungen, die als Referenzpunkte für Normen dienen, die die Gesellschaft und das Arbeitsleben gestalten, für die Arbeit, für den Schutz gegen Lebensrisiken usw.

- Die emanzipatorischen Frauenbewegungen der letzten Zeit zielen auf die Arbeit und die Familie und damit auf die Gesellschaft insgesamt ab. Damit ist als Standard gesetzt, dass die Emanzipation niemanden ausschließen darf.

Auf diese Weise wurden die Fundamente für eine Vorstellung von Emanzipation gelegt, die nicht nur einfach davon ausgeht, dass Solidarität auf der Grundlage von Leistung und Gegenleis-

tung beruht, sondern den Weg für ‚Verständnis‘ und Pluralität ebnet.

Diese Überlegungen waren gewissermaßen der Ausgangspunkt und der Hintergrund für unser EFBH-Projekt „Wegemarken der Emanzipation“, das wir Ende 2017 begonnen und jetzt im Juli 2019 abgeschlossen haben und dessen Ergebnis in Form dieser Broschüre vorliegt. Das von uns gewählte Konzept... besteht erstens in einer Sammlung von Zeitleisten mit Beispielen für besondere soziale Konflikte, die einen Einblick in die Entwicklung der beteiligten Länder geben, und zweitens Kalenderblätter mit Beispielen konkreter sozialer Auseinandersetzungen und der erreichten Fortschritte.

Die Arbeit an den Zeitleisten und den Kalenderblättern wurde überwiegend von Menschen geleistet, die keine Historiker sind und aus unterschiedlichen politischen und konfessionellen Richtungen kommen. Die Beurteilung historischer Ereignisse variiert also, d. h. die Beiträge in der vorliegenden Broschüre sind subjektiv. Dies gilt auch für die Auswahl von Themen und Ereignissen für die Zeitleisten.

Wir betrachten dies alles nicht als Nachteil. Im Gegenteil, dies war gewollt, denn die EFBH ist eine Organisation, die eine Vielzahl verschiedener politischer, religiöser und sonstiger Weltanschauungen unter ihrem Dach beherbergt. Der offene Austausch und fruchtbare kontroverse Debatten sind eine Stärke unserer Organisation. ...

Die Broschüre ist auch als Einladung gedacht. ...

Die Lenkungsgruppe des Projektes will die Arbeit nach Projektende auf freiwilliger Basis, man könnte sagen als Interessengemeinschaft, fortsetzen. Mit der vorliegenden Broschüre als Basismaterial wollen wir z. B. Europäische Betriebsräte anregen, sich mit den historischen Entwicklungen in den im EBR vertretenen Ländern zu befassen. Wir hoffen allerdings auch, dass die Materialien in anderen Zusammenhängen aufgegriffen werden, zum Beispiel von anderen Gewerkschaften, von der Politik, der akademischen Welt, von Arbeitnehmern und Studierenden.

Auch dank der finanziellen Unterstützung durch die Europäische Kommission können wir die Broschüre in acht Sprachen vorlegen. Dies wird ihre Verbreitung erleichtern. Die Lenkungsgruppe hat vor, die Materialien auch auf der Webpage der EFBH zu dokumentieren und dort in Form eines offenen Forums Zeitleisten und Kalenderblätter für weitere Länder zu sammeln. Die Mitarbeit von Interessierten ist hierbei sehr erwünscht. ...

Die Lenkungsgruppe – 12.7.19“

In der Kooperation der beiden Projekte sind gegenseitige Verknüpfungen entstanden. Das Ergebnis des EFBH-Projektes war dann wesentlich eine Broschüre, die Kalenderblätter und Zeitleisten aus 13 europäischen Ländern und aus Europa versammelt. Sie wurde in acht Sprachen veröffentlicht. Die Broschüre hat ihren Weg in ganz unterschiedliche Zusammenhänge und Strukturen gefunden. Allerdings hat der Einsatz der Pandemie weitere Aktivitäten auch unterbrochen. So war es geplant, kleine Workshops in Europäischen Betriebsräten durchzuführen, in denen die Broschüre vorgestellt und über die jeweils eigene Geschichte reflektiert werden sollte. Ebenfalls war eine größere Veranstaltung im Wirtschafts- und Sozialausschuss geplant, die aber nur als physische Veranstaltung sinnvoll wäre.

Für die Politischen Berichte werden weiterhin Kalenderblätter erstellt und der Kreis der Autoren ist relativ groß – kann aber gerne ausgeweitet werden. Mittlerweile ist ein eigener Kreis in der Entstehung begriffen, der die Kalenderblätter unabhängig von der Arbeit der Redaktion der PB herausgeben wird. Der Kreis will dabei sowohl Kontakte zu weiteren europäischen Ländern herstellen, um neue Autoren zu gewinnen, Kalenderblätter und auch Zeitleisten für diese Länder zu erstellen, als auch weitere Wege der Publikation der Kalenderblätter zu finden. Derzeit beteiligen sich Leute aus Belgien, Dänemark, Finnland und Spanien daran.

Berichterstattung: EVA DETSCHER, ROLF GEHRING